

# Berliner Stimme

SOZIALDEMOKRATISCHE WOCHENZEITUNG

Nr.3/4 - 62. Jahrgang

18. Februar 2012

## BVG bestreikt

Mit einem 15stündigen Warnstreik wollen die BVG-Beschäftigten heute ihre Lohnforderungen unterstreichen. Betroffen ist das gesamte BVG-Netz bis auf wenige Buslinien privater Auftragnehmer. Am Montag sollen die Tarifverhandlungen fortgesetzt werden. Verkehrssenator Michael Müller (SPD) nannte den Streik „eine unnötige Härte, die ich so nicht nachvollziehen kann“.

## S-Bahn-Begehren wird geprüft

**Im Ziel ist man sich einig, im Weg nicht: Der Berliner Senat hat rechtliche Bedenken gegen das vom Berliner S-Bahn-Tisch geforderte Volksbegehren. Jetzt soll zunächst das Landesverfassungsgericht die Prüfung übernehmen.**

Für das Volksbegehren wurden 28.084 gültige Unterschriften abgegeben, 8084 mehr als nötig. Wie die Initiatoren will auch der Senat die Leistungsfähigkeit des Berliner S-Bahn-Verkehrs schnellstmöglich wiederherstellen und künftige Verkehrsverträge so gestalten, dass Leistungseinbrüchen bei der S-Bahn weitgehend vorgebeugt wird. Das vom Berliner S-Bahn-Tisch initiierte Volksbegehren sei aber ungeeignet, argumentiert der Senat, weil viele der darin vorgesehenen Maßnahmen mit Blick auf den laufenden S-Bahn-Vertrag kurzfristig nicht umsetzbar seien. Andere seien zu schematisch und unflexibel, um zeitnah Verbesserungen zu erreichen. Hinsichtlich der Wagenkapazitäten sei es auch aus technischen Gründen nicht möglich, die Forderungen in der vorgegebenen Zeit zu erfüllen.

Der SPD-Fraktionsvorstand hat sich am Dienstag für mehr Transparenz bei den Bahn-Verträgen eingesetzt und ihre Offenlegung gefordert. Wenig später standen die Verträge im Netz - hochgeladen allerdings von einem Berliner Programmierer. **BS** □

Landesregierung:

## Mehr Geld für Bildung

Berlin als kinder- und familienfreundliche Stadt

**Berlin investiert weiter in Familienfreundlichkeit und gute Ausbildung. 20 Millionen Euro werden zusätzlich für den Ausbau der Kitaplätze bereitgestellt, die Betreuung im Hort wird verbessert, neue Lehrerinnen und Lehrer wurden eingestellt.**

Bis 2015 will Bildungssenatorin Sandra Scheeres 19.000 neue Kitaplätze schaffen. 8.000 davon sollen über Bundesprogramme finanziert werden, 11.000 über Landesmittel. Im Berliner Haushalt sollen dafür im ersten Jahr 4 Millionen, im folgenden Jahr 16 Millionen Euro zur Verfügung stehen. Ab dem Schuljahr 2012/2013 wird das Hortangebot auf die Fünftklässler ausgeweitet, im Schuljahr darauf auf die 6. Klassen.

Mehr als 300 neueingestellte Lehrerinnen und Lehrer haben nach den Winterferien die Arbeit aufgenommen. Trotz zurückgehender Schülerzahlen wird die Zahl der Lehrer in Zukunft nicht reduziert.

Im Entwurf für den Doppelhaushalt 2012/2013 sind erstmals auch Landesmittel für Familienzentren vorgesehen. Ziel ist, in



Vorrang für Bildung: Klaus Wowereit und Bildungssenatorin Sandra Scheeres. Foto: Horb

den Familienzentren stadtweit ein Angebot an Bildungs- und Betreuungsangeboten für Kinder und Sprachkurse und Beratungsangebote für Eltern zu schaffen. In den nächsten zwei Jahren werden 26 Familienzentren in der ganzen Stadt finanziell gefördert.

Über die Situation vor Ort informiert sich Bildungssenatorin Sandra Scheeres mit regelmäßigen Besuchen in Schulen. Zum Auftakt war sie diese Woche in der Carl-Kraemer-Grundschule im Soldiner Kiez. □

## Dialogkampagne wird fortgesetzt

SPD-Landesvorstand hat Arbeitsplanung 2012 beraten

**Die Berliner SPD will ihre Gesprächsangebote in der Stadt in den kommenden Monaten kontinuierlich fortsetzen. Die Diskussion zum Bundestagswahlprogramm sowie die Vorbereitung auf das Parteijubiläum 2013 sind weitere Punkte in der Arbeitsplanung, die der SPD-Landesvorstand auf seiner Klausurtagung am vergangenen Wochenende beraten hat.**

In die Erarbeitung des Bundestagswahlprogramms will die Landes-SPD ihre Berliner Erfahrungen einbringen, etwa die Förderung einer kinderfreundlichen Gesellschaft und eine moderne Familienpolitik, das veränderte Leben, Arbeiten und Wohnen im digitalen Zeitalter sowie die Debat-

te um die Zukunft der Arbeitsgesellschaft, um Pflege oder Integration.

Zum 150jährigen Bestehen der SPD im

### IN DIESER AUSGABE:

|                                  |       |
|----------------------------------|-------|
| ACTA AD ACTA?                    | S. 2  |
| MITGLIEDERDEBATTE ZUR EURO-KRISE | S. 8  |
| BERLINER NACHKRIEGSZEIT (TEIL 5) | S. 10 |
| AUSSTELLUNG ZU WOODY GUTHRIE     | S. 16 |

kommenden Jahr werden zahlreiche eigene Veranstaltungen geplant und große Veranstaltungen der Bundes-SPD wie das Deutschlandfest Mitte August 2013 unterstützt. Mitgliederforen und Neumitgliedertreffen werden fortgesetzt.

Fortsetzung Seite 7

Internet:

# Abkommen ad acta legen?

## Debatte über umstrittenes Handelsabkommen

An den Protestaktionen gegen das internationale Handelsabkommen ACTA beteiligten sich am vergangenen Wochenende bundesweit etwa 30.000 Menschen. Der Landesvorsitzende der SPD Thüringen, Christoph Matschie, kritisierte das Abkommen als „unzumutbaren Eingriff in die Grund- und Freiheitsrechte von Internetnutzern“.

Das Abkommen, das eigentlich Produktpiraterie und Verstöße gegen das Urheberrecht im Internet bekämpfen soll, werde, so Matschie, zu einem „schweren Bumerang“, wenn im Gegenzug das weltweite Datenetz zum Ziel der Überwachung werde und Nutzer mit einer datenschutzrechtlich hochproblematischen Weitergabe ihrer Daten rechnen müssten. Matschie: „ACTA in dieser Form hätte etwas Gutes gewollt, aber etwas Schlechtes getan.“

ACTA, das ist das „Anti-Counterfeiting Trade Agreement“, ein multilaterales Handelsabkommen, das von den USA und Japan initiiert wurde und dessen erklärtes Ziel es ist, Fälschungen zu verhindern und geistiges Eigentum über Landesgrenzen hinweg besser zu schützen. Das Abkommen befindet sich gegenwärtig in der Ratifizierungsphase in den EU-Mitgliedsländern, auch das Europäische Parlament muss noch gehört werden. Geplant ist die Behandlung am 29. Februar im federführenden Ausschuss für internationalen Handel (INTA) des EU-Parlaments, im Juni soll dann abgestimmt werden.

Deutschland, Estland, die Niederlande, die Slowakei und Zypern haben - aus meist formalen Gründen - das ACTA-Abkommen noch nicht unterzeichnet. Nach Polen, und Tschechien hat auch das EU-Mitglied Lettland den Ratifizierungsprozess inzwischen gestoppt. Die Bundesregierung hat die bereits angewiesene Unterzeichnung in der vergangenen Woche vorerst ausgesetzt. Denn selbst aus CDU-Kreisen kommt inzwischen verhaltene Kritik an ACTA. Der Vorsitzende des Arbeitskreises Netzpolitik der CDU Deutschlands, Michael Kretschmer, konstatiert, es schaffe „kein Vertrauen in der Bevölkerung, wenn solche Verträge wie ein Geheimabkommen zustande kommen“. Mit mehr Transparenz wäre viel Aufregung vermieden worden.

Der SPD-Politiker Matschie verweist darauf, dass die Notwendigkeit, Produktpiraterie zu bekämpfen und Urheberrechte zu schützen, unbestritten sei. Allerdings dürften entsprechende Regelungen nicht dazu führen, dass das Internet zu einer „überwachten Zone“ werde. So sollen Internet-Provider dazu verpflichtet werden, Online-



ACTA-Protestresolution im Internet auf der Seite von avaaz.org. Mehr als 2 Millionen Unterzeichner gab es in der vergangenen Woche bereits.

Foto: avaaz.org/BS

Inhalte zu überwachen und Daten von Usern bei vermeintlichen Urheberrechtsverstößen weiterzugeben.

„Es kann nicht sein, dass wir die Rechtsdurchsetzung im Internet damit quasi privatisieren und die Provider zum verlängerten Arm der Rechteinhaber machen.“ Matschie fordert die Bundesregierung auf, das Ratifizierungsverfahren in Deutschland auszusetzen. „Was wir in der Gesellschaft brauchen, das ist ein offener Dialog zum Verhältnis zwischen Freiheitsrechten und Rechten am geistigen Eigentum. Was wir nicht brauchen, ist digitale Bespitzelung.“

Auch der Gesprächskreis Netzpolitik und digitale Gesellschaft des SPD-Parteivorstandes lehnt, so sein Sprecher Björn Böhring, das Abkommen in seiner jetzigen Form ab und fordert transparente Verhandlungen.

Internetkenner wie Markus Beckedahl beklagen, dass nicht alle Informationen zu ACTA vorliegen, der Text biete Interpretationsspielräume. „Staaten werden ermuntert, Provider und Rechteinhaber zur Zusammenarbeit zu verpflichten“, so Beckedahl. Damit werde der Rechtsweg eingeschränkt. Wenn die Betreiber der Infrastruktur, also die Internet-Service-Provider, für Handlungen ihrer Kunden verantwortlich gemacht werden, steigt die Wahrscheinlichkeit, dass sie diese Handlungen stärker überwachen, auch wenn sie völlig legal sind.

Weit über 2 Millionen Menschen haben im Internet eine Petition gegen ACTA unterzeichnet. „Verpackt als Handelsabkommen zum Schutz von Urheberrechten könnte ACTA darüber hinaus zum Verbot lebensrettender generischer Medikamente führen und den Zugang von Bauern zu Saatgut bedrohen“, so ihre Sorge. Die Debatte um den Schutz des Urheberrechts sollte jetzt neu beginnen. **uh/BS** □

## POLITIK PERSÖNLICH

**Jan Stöß**, SPD-Kreisvorsitzender von Friedrichshain-Kreuzberg, soll als Nachfolger von Mark Rackles Sprecher der Berliner Linken werden. Die Wahl fand am Freitagabend nach Redaktionsschluss statt. Rackles, seit Dezember Staatssekretär, kandidierte nicht wieder.



**Reinhold Robbe**, Wehrbeauftragter des Bundestages a. D. und Mitglied der SPD Treptow-Köpenick, ist am 7. Februar 2012 mit dem Europäischen Kultur-Kommunikationspreis der Europäischen Kulturstiftung ausgezeichnet worden. Gewürdigt wird er für „den unermüdlichen Einsatz, erwiesenen Mut und die tatkräftige Unterstützung der Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr in Deutschland und in Afghanistan als Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages“.

Die Laudatio im Auditorium maximum der Humboldt-Universität hielt der Bundesminister der Verteidigung Dr. Thomas de Maizière. **M. Magdziak/BS** □

**Ehrhart Körting** (SPD), ehemaliger Innensenator Berlins, ist eines von vier Mitgliedern der vom Bundeskabinett vergangene Woche eingesetzten Bund-Länder-Kommission zur politischen Aufarbeitung der Neonazi-Morde. Prüfen soll die Kommission vor allem die Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern im Zusammenhang mit der Zwickauer Neonazi-Zelle, der Morde an neun Kleinunternehmern türkischer und griechischer Herkunft sowie an einer Polizistin vorgeworfen werden. Der Expertenkommission gehören zudem der ehemalige Hamburger Innensenator Heino Vahldieck (CDU), der Münchner Strafrechtler Eckhart Müller (Vorschlag der FDP) und auf Vorschlag der Grünen der frühere Bundesanwalt am Bundesgerichtshof Bruno Jost an. **BS** □

### Berliner Stimme

**Herausgeber:** SPD Landesverband Berlin  
**Verlag:** wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin

**Redaktion:** Ulrich Horb (V.i.S.d.P.), Tel.: 030-4692 150, Fax: 030-4692 240, E-Mail: berliner.stimme@spd.de, Post: Müllerstr. 163, 13353 Berlin

**Abo-Service:** Jürgen Thomas, Tel.: 2408 36-60, E-Mail: berliner.stimme@wegewerk.de  
Abonnementspreis: 25,05 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail), 30,15 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post)

**Druckerei:** KORRekt Mailingservice Berlin

## Wohnungspolitik:

# Mit WBS zur Wohnung

## Einführung der Belegungsbindung wird begrüßt

Die SPD-Fraktion hat die geplante Wiedereinführung der Belegungsbindung für rund 85 000 Wohnungen im Ostteil Berlins begrüßt. Dies sei ein wichtiger Schritt für mehr bezahlbare Wohnungen in der Stadt auch in zentralen Lagen, erklärten die wohnungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Iris Spranger, und die sozialpolitische Sprecherin, Ulker Radziwill.

„Diese Wohnungen stehen künftig wieder ausschließlich Wohnungssuchenden mit Wohnberechtigungsschein zur Verfügung. Das ist eine große Hilfe für Berlinerinnen und Berliner mit geringem Einkommen“, so die SPD-Politikerinnen. „Denn einen Wohnberechtigungsschein erhält, wer nur über geringe Einkünfte verfügt.“

Die Kooperationsvereinbarung gilt für 8 städtische Wohnungsbaugesellschaften und 26 Genossenschaften. Im Westteil Berlins sollen ab 1.5.2012 rund 75 000 Wohnungen, das heißt die Hälfte aller Sozialmietwohnungen, für Wohnungssuchende mit besonderem Wohnbedarf vorbehalten sein.

Michael Müller, Senator für Stadtentwicklung und Umwelt: „Damit wird dem öffentlichen Interesse an der Einhaltung



Mehr Wohnraum für Geringverdiener.

Foto: Horb

der Belegungsbindung auf Grund des aktuellen Wohnungsmarktes Rechnung getragen. Diese Wohnungen stehen somit wieder ausschließlich für Wohnungssuchende zur Verfügung, die aufgrund ihrer Einkünfte und der Größe der Wohnung einen Wohnberechtigungsschein erhalten.“

In begründeten Ausnahmefällen ist eine Freistellung von der Belegungsbindung möglich. Diese Ausnahmen im Wege sogenannter Einzelfreistellungen können zukünftig wieder bei der bezirklich zuständigen Stelle für Wohnungsfragen (meist im Bürgeramt) beantragt werden. **BS** □

## „Verzokkt“ in der Neustadt

### Ein Film soll zur Aufklärung über Spielsucht beitragen

Drei Brüder, 50.000 Euro, Spielsucht, Überfälle, Knast. Das sind einige Stichworte zum Spielfilm „Verzokkt“, der an diesem Donnerstag in Berlin Premiere hatte. Gedreht wurde an Original-Schauplätzen mit Kiez-Größen in der Spandauer Neustadt, einem sozialen Brennpunkt Berlins. Die Realität überholt dabei den Film: Einer der Hauptdarsteller sitzt derzeit im Gefängnis.

„Mit viel Herzblut haben Regisseur Kubilay Sarikaya und Produzent Sedat Kirtan einen brisanten und lebensnahen Film geschaffen“, sagt der SPD-Abgeordnete Daniel Buchholz. ‚Verzokkt‘ spielt nicht nur in einem sozialen Brennpunkt, sondern ist auch direkt vor Ort mit Bewohnern des Kiezes gedreht worden.

Daniel Buchholz hat im vergangenen Jahr maßgeblich an den neuen Regeln zur Eindämmung der Spielhallenflut mitgearbeitet. Die Steuer auf Glücksspielautomaten wurde fast verdoppelt. Die beiden Filmemacher haben Daniel Buchholz und Rased Saleh vor zwei Jahren bei einem Runden Tisch zum Thema Spielhallen-Flut ken-



Spielhalle in der Spandauer Neustadt.

nengelernt und seitdem aktiv bei ihrem Vorhaben unterstützt. Buchholz: „Ihr Kurzspielfilm bietet eine unglaubliche Authentizität und einen realistischen Blick auf Spielsucht und deren Folgen. Der Film wird daher völlig zu recht in den kommenden Monaten vielen Schulklassen im Kulturhaus Spandau gezeigt.“

Spielsucht und die Folgen der Spielhallen-Flut blieben auch in der Berliner Landespolitik ein wichtiges Thema, so Buchholz. „Als nächstes werden wir uns der sog. Cafe-Casinos annehmen, in denen nicht selten genauso intensiv gezockt wird wie in richtigen Spielhallen.“ **PM** □

## Messe:

## Weltzeitungskongress erstmals in Berlin

### Der Weltzeitungskongress IFRA Expo findet im Oktober 2013 erstmals in Berlin statt.

„Die deutsche Hauptstadt hat sich zum Medien-Hub entwickelt“, begründet Michael Heipel, zuständiger Direktor beim Veranstalter, dem Weltverband der Zeitungen und Nachrichtenmedien WAN-IFRA, die Entscheidung. Berlin verfüge über eine kreative Szene im Bereich Musik, Kunst und bei den digitalen Medien, so Heipel. „In der Stadt selbst haben einflussreiche Medienhäuser ihren Sitz. Die großartige Infrastruktur sowie die günstigen Hotelpreise machen Berlin zu einem idealen Standort für die IFRA Expo.“ Auf der IFRA-Expo zeigen Verlagswelt und ihre Zulieferindustrie neue Produkte. **BS** □

## Kongress:

## Berlin will Jugendhilfetag 2014 ausrichten

Berlin bewirbt sich um die Ausrichtung des 15. Kinder- und Jugendhilfetages im Jahr 2014. Das hat der Senat auf Vorlage der Senatorin für Bildung, Jugend und Wissenschaft, Sandra Scheeres, beschlossen. Es handelt sich um die bedeutendste und renommierteste Fachmesse im Jugendhilfebereich.

## Wissenschaft:

## Forschung in Berlin weiter gestärkt

### Im Jahr 2010 hat Berlin seine starke Stellung in der Forschungsförderung ausgebaut. Darauf weist der Berliner Bundestagsabgeordnete Swen Schulz (SPD) hin.

Nach aktualisierten Angaben der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz von Bund und Ländern (GWK) sind 2010 686 Millionen Euro von Bund und Ländern in Berliner Wissenschaftseinrichtungen investiert worden. Das macht 9,4 Prozent der gesamten Forschungsförderung aus. Alleine der Bund hat 518 Millionen Euro in die hauptstädtische Wissenschaft investiert.

„Berlin zählt neben Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Bayern zu den „Großen Vier“ der deutschen Forschungslandkarte“, so Swen Schulz. „Gemessen an der Bevölkerungszahl erhält Berlin erheblich mehr Mittel als die meisten anderen Bundesländer. Das zeigt, wie stark die Berliner Forschungslandschaft und wie wichtig für die Hauptstadt die Zusammenarbeit von Bund und Ländern ist.“ **PM** □

Gleichstellung:

# „Ein Entwicklungsland“

## Nachholbedarf bei Frauen in Führungspositionen

Das Berliner Landesgleichstellungsgesetz zeigt Wirkung. Mit einem Frauenanteil von rund 28 % an Professuren hat Berlin seine Spitzenposition im Bundesvergleich verteidigt. Auf gut 42 % hat der Senat die Frauenquote sowohl in den Aufsichtsgremien der Anstalten des öffentlichen Rechts sowie der Unternehmen mit Mehrheitsbeteiligung des Landes erhöht. In der Laufbahngruppe des höheren Dienstes sind heute mehrheitlich Frauen beschäftigt. Darauf wies Berlins Senatorin für Arbeit, Integration und Frauen, Dilek Kolat, bei der Vorlage eines Berichts zur Umsetzung des Gesetzes in den Jahren 2008 bis 2010 hin.

Mit dem Landesgleichstellungsgesetz hat sich der Senat verpflichtet, den im Landesdienst beschäftigten Frauen und Männern gleiche berufliche Chancen sowie Teilhabe an Beratungen und Entscheidungs-



Senatorin für Arbeit, Integration und Frauen:  
Dilek Kolat.

Foto: SPD Berlin

gen in den Gremien des Landes zu sichern. Seit Inkrafttreten des Gesetzes 1991 ist der Frauenanteil in höheren Positionen und

Leitungsfunktionen des Landes kontinuierlich gestiegen.

Trotz der deutlichen Steigerung des Frauenanteils in den Spitzenpositionen des öffentlichen Dienstes besteht nach wie vor Unterrepräsentanz in den Vorstands- und Geschäftsführungspositionen der landeseigenen Unternehmen und Gesellschaften mit Mehrheitsbeteiligung sowie bei Abteilungsleitungen in obersten Landesbehörden. Hier setzen die neuen Regelungen des Landesgleichstellungsgesetzes vom 18. November 2010 an. Sie erhöhen die Transparenz der Besetzungsverfahren und damit die Zugangschancen für Frauen.

Bundesweit könne das Berliner Landesgleichstellungsgesetz Vorbildcharakter haben, findet Dilek Kolat, denn: „Was Frauen in Führungspositionen angeht, ist Deutschland Entwicklungsland. Da wird auf uns gezeigt, wie grauenvoll das hier ist.“

BS □

# Leben wie eine Deutsche

## Angelika Schöttler zum Gedenken an Hatun Sürücü

Am 7. Februar gedachten rund 50 Berlinerinnen und Berliner in Tempelhof der vor sieben Jahren von ihrem Bruder ermordeten Hatun Sürücü. Neben Staatssekretärin Barbara Loth hielt die Bezirksbürgermeisterin von Tempelhof-Schöneberg Angelika Schöttler eine Rede, die wir hier dokumentieren.

„Hier wurde Hatun Sürücü am 7. Februar 2005 ermordet, weil sie sich Zwang und Unterdrückung ihrer Familie nicht unterwarf, sondern ein selbstbestimmtes Leben führte.“ - So ist es auf dem Gedenkstein zu lesen. Und deshalb haben wir uns heute hier versammelt.

Hatun Sürücü hatte für sich einen Lebensentwurf, man kann auch sagen: einen Lebenstraum. Sie wollte als alleinerziehende Mutter für ihren Sohn sorgen. Sie wollte sich in einem Beruf qualifizieren und damit ihren Lebensunterhalt verdienen. Diesem Lebensentwurf ist sie gefolgt. Diesen Weg wollte sie gehen. Dabei unterschied sie sich nicht von vielen jungen Frauen, die hier in Deutschland einen ähnlichen Weg gehen: Selbstbewusst und selbstbestimmt für sich Entscheidungen treffen, das eigene Leben gestalten und Teil der Gesellschaft sein. Aufgrund ihrer familiären Wurzeln konnte sie ihr Leben nicht leben, ihren Lebenstraum nicht verwirklichen. Archaische Auffassungen von „Ehre und Schande“ führten zu ihrer Ermordung.



Gedenktafel für Hatun Sürücü an der Oberlandstraße. Foto: Tilman Hausherr (CC)

Der Mord an Hatun Sürücü hat in den Medien ein breites Echo ausgelöst. Wer die Reportagen, Berichte und Fernsehsendungen verfolgt hat, wird sich - wie ich - an einen Satz erinnern, der immer wieder zitiert wurde: „Sie lebte wie eine Deutsche.“

Dieser Satz wurde ausgesprochen von Jugendlichen, um für den Mord Verständnis zu zeigen, wenn nicht sogar die Tat zu rechtfertigen.

Für mich macht diese Aussage deutlich, wie weit einige hier Lebende von den hier geltenden Werten entfernt sind.

„Sie lebte wie eine Deutsche“ - Ich verbinde damit die Begriffe Selbstbestimmung, Handlungsfreiheit, Gleichberechtigung, Toleranz und Respekt. Also das, was die Würde des Einzelnen ausmacht, die

Würde, wie sie in Artikel 1 des Grundgesetzes verankert ist. Das Grundgesetz lässt vieles zu und lässt vieles offen. Aber es gibt einen Kern, der unveränderlich ist, der die Plattform darstellt, auf der unsere Gemeinschaft aufgebaut ist. Es ist unabdingbar, dass dieser Werte-Kern des Grundgesetzes von allen hier Lebenden vorbehaltlos anerkannt und gelebt wird! Dafür müssen wir aktiv eintreten, dafür müssen wir die Rolle der Handelnden übernehmen. Es gilt, auf allen gesellschaftlichen Ebenen diesen Grundkonsens konsequent zu vertreten.

Jedem und Jeder hier Lebenden müssen der nicht verhandelbare Werte-Kanon, das sich daraus ergebende Menschenbild und die damit verbundenen unendlichen Vorteile vermittelt werden.

Dazu muss die Gesellschaft unermüdlich weiter an der Herstellung gleicher Chancen hinsichtlich Bildung und gesellschaftlicher Teilhabe arbeiten. Wir alle - Staat und Gesellschaft, Repräsentanten in Politik und Wirtschaft müssen dieses Ziel verfolgen.

Dazu gehört aber auch, frauenfeindliche Kulturen und Traditionen konsequent zu benennen und zu verurteilen. Räume, in denen man nach eigenem Recht lebt, darf es in Deutschland nicht geben. Dagegen muss mit allen rechtsstatlichen Mitteln vorgegangen werden. Das ist der Appell, der mit dem Gedenken an den Tod Hatun Sürücüs verbunden ist!

□

# „Es brennt in Berlin“

## Rechtsextremisten drohen offen mit Gewalt

„Es brennt in Berlin!“ Unter diesem Motto führten die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus (mbr), der apabiz e.V. und die Aktion Sühnezeichen Friedensdienste am 31. Januar gemeinsam mit ca. 400 Gästen eine Informationsveranstaltung zum Nationalen Widerstand Berlin (NW Berlin) durch. Über die Internetseite des rechtsextremen NW-Berlin werden Listen mit Namen von so genannten „Linkskriminellen“ und „Linken Läden“ in Berlin veröffentlicht. Dort wird auch dazu aufgefordert, den in den Rubriken „Chronik“ und „Recherche“ teilweise mit Bild und Adresse aufgeführten Personen und Einrichtungen „einen Besuch abzustatten“ und sich „den Nachbarn vorzustellen“.

Wenngleich die Website im April 2011 indiziert wurde, ist das Abschalten der Seite laut Senat nicht möglich. Eine erste Befassung im Rechts- und im Innenausschuss des Abgeordnetenhauses mit NW Berlin hat den Handlungsbedarf nun verdeutlicht. Die Bedrohung der Betroffenen durch gewaltbereite Neonazis ist real! Nach Auskunft der Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz aus dem Januar 2012 wurden auf die in der Rubrik „Linke Läden“ aufgelisteten Einrichtungen zwischen Dezember 2009 und November 2011 insgesamt 19 erfasste Anschläge verübt. Neben Sachbeschädigungsdelikten sind darunter vier Brandstiftungen, zwei schwere Brandstiftungen und eine versuchte gefährliche Körperverletzung. Im selben Zeitraum wurden 23 (!) der teilweise mit Anschrift und Bild veröffentlichten Menschen Opfer von Gewaltdelikten. In 13 Fällen handelt es sich laut Senat um politisch motivierte Gewaltdelikte.

Zu den bedrohten Personen gehören auch zahlreiche Sozialdemokrat\_innen aus Berlin. Das in 2011 zweimal von Rechtsextremen angegriffene und zerstörte Anton-Schmaus-Haus der Falken findet sich eben-



Abgebrannte Falken-Einrichtung in Neukölln: Das Anton-Schmaus-Haus stand auch auf einer Liste der Zwickauer Terrorzelle. Foto: Schmidt

falls unter den gelisteten Einrichtungen. Dennoch ist der Umgang der Ermittlungsbehörden mit den Betroffenen völlig unzureichend. Bisher erfolgte weder eine umfangreiche Information über die Bedrohungslage, noch gab es Beratungs- oder Unterstützungsangebote. Auch die bisher offenbar ambitionslos geführten Ermittlungsversuche wurden sämtlich eingestellt. Erst in dieser Woche kündigte die Staatsanwaltschaft nun ein Rechtshilfeersuchen an die USA an, um die Verantwortlichen der Internetseite zu ermitteln.

Als Berliner SPD ist es unsere Aufgabe, uns an die Seite der Betroffenen zu stellen und mit ihnen gemeinsam gegen die Neonazigewalt in Berlin und gegen den NW Berlin vorzugehen. Solange wir abwarten und zuschauen, werden sich die Rechtsextremen weiterhin nicht einmal die Mühe machen, unentdeckt zu bleiben. Der mutmaßliche Kopf hinter NW Berlin, Sebastian Schmidtke, ließ es sich jedenfalls nicht nehmen, die Sitzung des Ausschusses für Verfassungsschutz am 18.01.2012 als Besucher zu verfolgen. Schmidtke ist seit kurzem Vorsitzender der Berliner NPD. Der Nationale Widerstand Berlin wird auch weiterhin die einflussreichste und gefährlichste Gruppe der „Autonomen Nationalisten“ in Berlin sein. Es sei denn, wir verhindern es gemeinsam.

Lars Rauchfuß, Jan Rauchfuß □

## Schweigeminute am 23. Februar

**Der DGB und die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände rufen gemeinsam auf, am Donnerstag, den 23. Februar 2012, 12.00 Uhr, für eine Schweigeminute in der Arbeit inne zu halten, um der Opfer rechtsextremistischer Gewalt zu gedenken.**

Die Schweigeminute findet zeitgleich mit dem zentralen Staatsakt der Verfassungsorgane des Bundes für die Opfer rechtsextremistischer Gewalt statt.“Die

von rechtsextremistischen Gewalttättern verübten Morde, Raubüberfälle und Anschläge erfüllen die Menschen in Deutschland mit Abscheu und Entsetzen. Wir trauern um die Opfer“, erklärten Dr. Dieter Hundt, Präsident der BDA, und Michael Sommer, DGB-Vorsitzender. „Wir sind tief betroffen, dass nach den Erfahrungen der nationalsozialistischen Diktatur in Deutschland diese entsetzlichen Verbrechen geschehen konnten.“ BS □

Preußen-König:

## Geschichte und Geschichtchen

Zum 300. Geburtstag des „alten Fritz“ wirft der Kleinmachnower Zeichner und Grafiker Rainer Ehrht einen satirischen Blick auf das verehrte und geschmähte Preußentum. Bis 1. April 2012 präsentiert der



Freundeskreis Willy-Brandt-Haus e.V. unter dem Titel „Preussisch - Allzupreussisches“ Bilder und Skulpturen des Künstlers.

Zu sehen sind großformatige, farbige Werke, denen jeweils gewitzte Texte zugesellt sind - alles aus der Feder von Rainer Ehrht. Da gibt es Anschauungsmaterial über Kartätschenprinzen, ostelbische Krautjunker oder Badekur-Kaiser. Und Friedrich? Der spielt mit Voltaire Schach.

PM □

➡ Eröffnung Montag, 20. Februar, 19:30 Uhr, Willy-Brandt-Haus. Einführung: Prof. Peter Brandt, Historiker. Rainer Ehrht liest seine Textcollage „Preussischgraublau“, zu sehen vom 21. Februar bis 01. April, Dienstag bis Sonntag, 12 bis 18 Uhr. Eintritt frei, Personalausweis erforderlich.

Am 16. Oktober 1757, mitten im siebenjährigen Krieg zwischen Preußen und Österreich, wurde Berlin für einen Tag von österreichischen Truppen besetzt. Dieser „Berliner Husarenstreich“, aus-



geführt von einem kleinen Trupp, der die wenigen Verteidiger am Schlesischen Tor überwand, ist Thema eines Buches von Wladimir Kusnezow, das das Bezirksmuseum Friedrichshain-Kreuzberg zum 300. Geburtstag von Friedrich dem Großen jetzt zum kostenlosen Download anbietet. BS □

➡ Download: <http://www.kreuzbergmuseum.de/index.php?id=270>,

AG 6oplus:

# Im Gespräch bleiben

## Jahresempfang mit viel Prominenz aus den Seniorenorganisationen

Die AG 6oplus nimmt viele Gelegenheiten wahr, mit den Berlinerinnen und Berlinern in Kontakt zu treten, um zu erfahren, welche Probleme die Menschen bewegen und wo möglicherweise Abhilfe geschaffen werden kann. Wichtig dabei ist das direkte Gespräch, und deshalb wurde mit dem Neujahrsempfang der AG 6oplus auch in diesem Jahr eine Tradition fortgesetzt, in den ersten Wochen des Jahres das soziale Berlin zu einem Treffen einzuladen.

Am Freitag, dem 10. Februar, kamen ins Nachbarschaftshaus Urbanstraße 21 in Kreuzberg fast 150 Vertreter und Vertreterinnen der sozialen Verbände wie AWO und Volkssolidarität sowie von den Seniorenvertretungen der Berliner Bezirke zusammen, um mit dem Vorstand der AG 6oplus in geselliger Atmosphäre die Möglichkeit des Kennenlernens, der Kontaktaufnahmen und des Meinungsaustauschs wahrzunehmen. Der Landesvorsitzende der AG 6oplus Werner Kleist und die stellvertretende Landesvorsitzende Heidemarie Fischer, die zugleich Landesvorsitzende der Berliner Seniorenvertretung ist, freuten sich mit den übrigen Mitgliedern des Geschäftsführenden Landesvorstands Sibylle Heberle, Axel Bercht, Karl-Heinz Augustin und Bernd Merken, dass viele Prominente von den sozialen Organisationen der Einladung gefolgt waren. Besonders herzlich begrüßt wurde Frau Inge Frohnert, Stadtälteste von Berlin und Vorsitzende des Arbeitskreises der Berliner Senioren. Besonders gewürdigt wurde, dass sie trotz ihres hohen Alters nicht müde wird, sich immer wieder mit Tatkraft und Engagement für die Belange der älteren und behinderten Menschen einzusetzen. Mit großem Beifall



Empfang der AG6oplus im Nachbarschaftshaus Urbanstraße. Foto: Siegfried Schulz



Michael Müller beim Jahresempfang der AG6oplus. Foto: Siegfried Schulz

wurde die Vorsitzende des Berliner Landes seniorenbeirats Frau Regina Saeger begrüßt, die nicht das erste Mal zu den Veranstaltungen der AG 6oplus kam.

Auch von der Politik ließen es sich viele nicht nehmen zu demonstrieren, dass ihnen die Anliegen der älteren Menschen wichtig sind. So sprachen Grußworte der neu gewählte Senator für Stadtentwicklung und Umwelt Michael Müller, zugleich Landesvorsitzender der Berliner SPD und immer wieder gern gesehener Gast bei der AG 6oplus, sowie die Bundesvorsitzende der AG 6oplus Angelika Graf, bayerische Abgeordnete im Bundestag. Sie überbrachte als gesundheitspolitische Sprecherin die Grüße der SPD-Bundestagsfraktion und wurde begleitet von dem Berliner Bundestagsabgeordneten Swen Schulz, der - so oft er es ermöglichen kann - seine Solidarität mit der Arbeit der AG 6oplus beweist.

Auch der neue Präsident des Abgeordnetenhauses Ralf Wieland war gekommen, um als protokollarisch höchster Repräsen-

tant des politischen Berlin seine Verbundenheit mit den älteren Berlinerinnen und Berlinern und seine Anerkennung für die verdienstvolle ehrenamtliche Arbeit in den sozialen Organisationen zu bekunden. Das Abgeordnetenhaus war weiterhin vertreten durch Thomas Isenberg, gesundheitspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, Rainer-Michael Lehmann und Alex Lubawinski, ehemaliger Bezirksbürgermeister von Pankow.

Drei Stunden vergingen unterhaltsam und kurzweilig wie im Fluge. Viele aufschlussreiche Gespräche wurden geführt und Verabredungen getroffen. Die AG 6oplus versprach, diese jährlichen Zusammenkünfte fortzusetzen, und nicht nur das. Sie wird noch in diesem Frühjahr mit Infoständen in den Bezirken und in öffentlichen Aktionen im Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern versuchen, über die aktuelle Politik der SPD zu informieren.

**Werner Kleist, Landesvorsitzender der AG 6oplus** □

## NOTIZEN AUS DER BERLINER SPD

**Selbst Aktiv**, das Netzwerk behinderter Menschen in der SPD, wird zur Arbeitsgemeinschaft (siehe BS 1 vom 14. Januar, S. 6). Die AG-Gründung in Berlin mit Wahlen erfolgt am 2. Mai 2012. Gewählt werden: der/die Vorsitzende (1. Sprecher/in), die Stellvertreter/innen und die Landesparteitagsdelegierten und ihre Stellvertreter/innen. Wer kandidieren und damit eine größere Verantwortung für die gemeinsame behindertenpolitische Arbeit übernehmen will, melde sich bitte bis zum Treffen am 28. März bei Karin Sarantis-Aridas (k.aridas@valti.org).

**Sprechstunden in Lichtenberg.** Die Bezirksverordneten der SPD-Fraktion bieten wieder Sprechstunden an: am Dienstag, 28.02. mit Jutta Griep, Sprecherin der Fraktion für Menschen mit Behinderung, und Marianne Nedwed, sportpolitische Sprecherin ab 17:30 Uhr im iKARUS Stadtteilzentrum Lichtenberg Süd (Wandlitzstraße 13, 10318 Berlin), am Mittwoch, 29.02. mit Erik Gührs, Fraktionsvorsitzender ab 18:00 Uhr bei „Lebensmut“, Kieztreff Falkenberg (Grevesmühlener Str. 20, 13059 Berlin).

**Mieterberater gesucht.** Für die seit vielen Jahren in Tempelhof-Schöneberg ko-

stenlos angebotene Mieterberatung sucht der Kreis jetzt eine kompetente Nachfolge, nachdem der langjährige Mieterberater Joachim Biller im vergangenen Jahr verstorben ist. Die Mieterberatung wird zwei Mal im Monat kostenlos im SPD-Laden neben dem Kreisbüro in der Feurigstraße angeboten. Sie findet am 1. und 3. Freitag im Monat (außer Feiertage) in der Zeit von 17 bis 18 Uhr statt. Interessenten mit fundierten Kenntnisse im Mietrecht und Interesse an der Beratungstätigkeit melden sich bitte beim SPD-Kreisbüro Tempelhof-Schöneberg unter 7812283. **BS** □

Klausurtagung:

# Quote mit Sanktion

## Landesvorstand diskutierte Gleichstellungs-Realität

**Eine kritische Bestandsaufnahme in Sachen Geschlechtergerechtigkeit stand - neben der Arbeitsplanung für die kommenden Monate - auf der Tagesordnung der Klausurtagung des SPD-Landesvorstands am vergangenen Wochenende.**

Im vergangenen Herbst hatten die weiblichen Mitglieder der AG Geschlechtergerechtigkeit ihren Rückzug aus der Arbeitsgruppe erklärt, in der neben der Vorlage eines Gleichstellungsberichts auch Maßnahmen diskutiert wurden, um eine gerechtere Beteiligung der Geschlechter in der Partei zu gewährleisten. Auslöser für die Rücktritte war die Entscheidung der Fraktion, einem männlichen Kandidaten für das Amt des Abgeordnetenhauspräsidenten den Vorzug vor der weiblichen Kandidatin zu geben. Inzwischen hat es eine Reihe weiterer Personalentscheidungen gegeben, bei denen Frauen keine Berücksichtigung fanden, etwa bei der Benennung eines Rundfunkratsmitglieds.

Wie attraktiv ist die SPD für Frauen? Was hindert Frauen, sich in einer Partei zu engagieren? Das waren Fragen, denen Nancy Haupt, Mitorganisatorin frauenpolitischer Treffen, und Barbara König, Geschäftsführerin eines Familienverbandes, der zur AWO gehört, in ihren Einführungsvorträgen nachgingen. Sicher gehören dazu auch nach außen erkennbare Repräsentantinnen sozialdemokratischer Politik. Deutlich wurden aber auch die Schwierigkeiten, die junge Frauen haben, ihr Leben mit dem politischen Geschäft zu vereinbaren. Frauen haben ein anderes Verständnis von Politik, betonte Nancy Haupt, sie gehen auf Distanz zu institutionalisierter Politik und zu Parteien. Zeitfaktoren, häufige Wohnortwechsel, aber auch die Probleme mit der Debatten- und Anwesenheitskultur in der SPD spielen eine Rolle. Und die Sprache derjenigen, die Gleichstellungspolitik nach außen präsentieren, komme bei jungen Frauen nicht immer an, wenn sie zu verbissen wirke. Für konkrete Ziele allerdings setzen sich Frauen durchaus engagiert ein. „Frauen wollen nicht belehrt werden, sie wollen einbezogen werden“, so Nancy Haupt. Frauen wollen mehr „Politikherstellung“, weniger „Politikdarstellung“, sie interessieren sich für den Entstehungsprozess. Ihnen liege der Monolog nicht: Oft sei für sie der Dialog wichtiger als eine rasche, dafür aber vielleicht schlechte Lösung für ein Problem.

Barbara König warnte davor, die Quote zu überhöhen. Sie sei ein Instrument, aber



Landesvorstandsklausur: Michael Müller, Nancy Haupt und Barbara König. Foto: Horb

gleichzeitig eine Krücke. Verändern müsse sich das Parteileben.

Die Zahl der aktiven SPD-Mitglieder schätzt Barbara König auf zehn Prozent, also derzeit etwa 1600. Auf sie kommen etwa 3350 statutarisch festgelegte Funktionen in Vorständen oder als Delegierte, die Fraktionen nicht mitgerechnet. Damit hätte jedes aktive Mitglied im Schnitt zwei Posten. Wolle man einerseits schlankere Gremien, um den Zeitaufwand in Grenzen zu halten, gleichzeitig aber mehr Frauen, werde sich der Konflikt um die zu besetzenden Posten dennoch verschärfen. Barbara König warnte aber davor, Gremien aufzublähen, um dem Frauenanteil gerecht zu werden.

In der Debatte ging es um viele praktische Fragen, etwa wann Veranstaltungen beginnen sollen. Gibt es überhaupt familienfreundliche Zeiten? Und es ging um die Frage, welche Sanktionsmöglichkeiten gegebenfalls vorhanden sein müssen, um eine gerechte Beteiligung durchzusetzen.

In einem Maßnahmenpapier, das der Landesvorstand beschloss, bekennen sich Landesverband und Kreise zum Ziel, den Anteil der Frauen an der politischen Arbeit und in der Mitgliedschaft zu erhöhen. Dazu wird es 2012 und 2013 entsprechende Werbemaßnahmen geben. In allen Kreisen soll dabei ein Frauenanteil von 40 % bei den neugewonnenen Mitgliedern erreicht werden, 2011 lag er bei 28 %. Auch bei der Planung seiner Veranstaltungen will der Landesverband sicherstellen, dass eine Frauenbeteiligung von 40 % erreicht wird.

Im Vorfeld der Wahl-Landesparteitage soll auch künftig ein Gleichstellungsbericht vorliegen. Bei Ämtern und Funktionen strebt die Berliner SPD über das statutarische Ziel von 40 Prozent hinaus eine Quote von 50 Prozent an. Nach den Wahlen soll eine Auswertung der Ergebnisse in Abteilungen, Kreisen und Arbeitsgemeinschaften erfolgen. Werden die Vorgaben nicht erreicht, will der Landesvorstand eine Stellungnahme anfordern. **uh □**

## FRAKTION INTERN

**Verbraucherschutz gestärkt.** Berlin schafft neue Personalstellen für die Kontrolle von EU- und Bundesrecht, damit Abzocker und Verbrauchertäuscher keine Chance haben. Darauf haben der umweltpolitische Sprecher der SPD-Fraktion des Berliner Abgeordnetenhauses, Daniel Buchholz, und die verbraucherschutzpolitische Sprecherin Irene Köhne hingewiesen. „Wir stellen sicher, dass die Stadt beim Umwelt- und Ressourcenschutz Flagge zeigt und Verbraucher nicht durch irreführende Werbung oder fehlende Kennzeichnung über den Tisch gezogen werden“, so die SPD-Abgeordneten.

Für die umweltgerechte Gestaltung von Produkten, dem so genannten Ökodesign, und die Kennzeichnung des Energieverbrauchs haben Europäische Union und Bundesregierung Rechtsgrundlagen geschaffen. Für die praktische Umsetzung der Rechtsnormen sind die Länder zuständig. Jetzt werden insgesamt 9 neue Stellen und 5 Azubi-Plätze im Landesamt für Arbeitsschutz, Gesundheitsschutz und technische Sicherheit und der Wirtschaftsverwaltung geschaffen. Ziel ist, dass nur nach EU-Recht gestaltete, möglichst umweltgerechte Produkte in den Handel kommen und der Energieverbrauch entsprechender Haushaltsgeräte durch das neue EU-Label vergleichbar wird. Irritationen wie die kürzlich bekannt gewordene Veränderung des Energielabels durch einen Fahrzeughersteller, um die eigenen Produkte effizienter erscheinen zu lassen, sollen nicht akzeptiert werden.

Über die jetzt vom Abgeordnetenhaus beschlossene Regelung hinaus will sich die SPD-Fraktion in Übereinstimmung mit der SPD-Bundestagsfraktion weiterhin für den Umbau der EU-Ökodesign-Richtlinie einsetzen.

**Bürgerrechte in Rußland.** Einen besseren Schutz der Bürgerrechte von sexuellen Minderheiten in der russischen Gesellschaft fordert der Queerpolitik-Experte der SPD-Fraktion Tom Schreiber. Am Mittwoch nahm er an einer Demonstration vor der Russischen Botschaft teil, um gegen ein Gesetzesvorhaben in St. Petersburg zu protestieren, das „Ängste und Gewalt gegen die sexuellen Minderheiten in der russischen Gesellschaft“ schüre. Mit dem Gesetz sollen Träger und Vereine gehindert werden, ihre Prävention und Aufklärungsaktivitäten vor Ort umzusetzen. Tom Schreiber: „Seit 1991 pflegt Berlin mit Moskau eine Städtepartnerschaft. Es wird Aufgabe des Landes Berlin sein, den Dialog über den Umgang mit sexuellen Minderheiten in Russland zu suchen und unsere Position deutlich machen.“ **cs □**

# Solidarische Lösungen gefordert

Mitgliederforum der SPD Charlottenburg-Wilmersdorf zur Euro-Krise

**Am Ende stand beim SPD Mitgliederforum der SPD Charlottenburg-Wilmersdorf zum Thema „Ein solidarisches Europa gegen die Finanzkrise“ ein klares Bekenntnis für die Menschen in Griechenland. Die rund 80 Genossinnen und Genossen wussten in der Diskussion mit Petra Merkel (MdB), Dagmar Roth-Behrendt (MdEP) und Daniela Schwarzer (Stiftung Wissenschaft und Politik) sehr gut zwischen den Verursachern und Leidtragenden der Krise zu unterscheiden.**

Und sowohl auf dem Podium als auch im Plenum war klar: SozialdemokratInnen kämpfen für ein Europa der Solidarität der Starken mit den Schwachen, ein harmonisiertes Steuersystem und einheitliche Sozialstandards, die sich an den hohen und nicht niedrigen in der EU orientieren. Und wissen, dass Europa vor allem ein Friedens- und Wohlstandsgarant für alle EuropäerInnen ist.

Schon in ihren Eingangsstatements machten die drei ExpertInnen unter der Moderation von Andrea Despot (Europäische Akademie) deutlich, dass es für sie nur mehr Europa geben könne.

Endlich müsse bei vielen Politikerinnen Schluss mit dem ständigen Versuch sein, die Hoheit über die Stammtische zu gewinnen, stellte Petra Merkel fest. Nur in einem funktionierenden EU-Wirtschaftsraum könne Deutschland weiter mit seiner exportorientierten Wirtschaft bestehen und nur die EU insgesamt könne mit Wirtschaftsmächten wie China und der USA konkurrieren. Dazu gehöre für sie ganz klar eine europäische Wirtschafts- und Steuerpolitik. Dafür würde es die Bundestagsabgeordnete Petra Merkel auch akzeptieren, wenn das nationale Parlament Rechte abgibt.

## KRISENBEKÄMPFUNG IM DEUTSCHEN INTERESSE

Dagmar Roth-Behrendt nahm das auf. Natürlich wünsche sie sich mehr KollegInnen in den nationalen Parlamenten wie Petra Merkel, aber die Befugnisse des Europäischen Parlaments sind bei weitem nicht so gering wie gerne behauptet werde. Parlament und Kommission müssten die Rechte nur besser nutzen - was viele in Europa nicht wollten. Aber gerade Deutschland profitiere wie kein anderes Land vom europäischen Binnenmarkt. Deutsches Geld zur Krisenbekämpfung sei vor allem auch im deutschen Interesse.

Daniela Schwarzer unterstützte das. Die Krise hätte auf EU-Ebene neue Instrumen-



Mitgliederforum der SPD Charlottenburg-Wilmersdorf. Fotos: SPD Chbg-Wdf

te für mehr gemeinsame Wirtschafts- und Finanzpolitik ermöglicht. Es fehle aber vollkommen die demokratische Legitimation. Allerdings wären wir in Deutschland schon sehr viel weiter in der Diskussion als in vielen anderen Ländern. Besonders lobte sie die klaren europapolitischen Bekenntnisse und Ideen der SPD, gerade auch, was die Forderung nach Eurobonds beträfe.

Daniela Schwarzer war es auch, die als erste daran erinnerte, dass das europäische Projekt seit jeher auch ein Friedensprojekt sei. Man traue sich das ja gar nicht mehr in Diskussionen über Europa zu erwähnen. Aber sie sei sicher, ohne EU und vor allem ohne die Erweiterungen der letzten Jahre gäbe es in Europa vielerlei binationale Krisen bis hin zu kleineren Grenzkonflikten. Der europäische Binnenmarkt und der Euro seien außerdem die Garanten des deutschen Wirtschaftserfolges und Wohlstandes.

In den weiteren vom stellvertretenden Kreisvorsitzenden Robert Drewnicki moderierten Statements und Fragen aus dem Publikum ging es dann doch um das in dieser Diskussion noch kaum betrachtete Griechenland, um den Ruf nach einer Finanztransaktionssteuer und einer europäischen Reichensteuer.

Die Forderungen wurden vom Podium ausnahmslos unterstützt. Zu Griechenland wurde klar gestellt, dass in dem Land weder die Verwaltung noch das Steuersystem

als funktionierend angesehen werden können. Das sei aber nicht die Schuld der Menschen, die täglich für ihre oftmals magere Existenz hart arbeiteten. Und man müsse Griechenland seine Würde lassen und könne nicht á la „in Europa wird wieder Deutsch gesprochen“ so tun, als könne man das Land vollkommen entmündigen. Während Petra Merkel einen Marshallplan für Griechenland forderte, unterstützte Dagmar Roth-Behrendt die Einführung einer europäischen Vermögenssteuer, wies aber darauf hin, dass wir erst einmal für mehr sozialdemokratische Regierungen in Europa kämpfen müssten. Und diese dürften dann auch nicht die nationale Brille aufsetzen, sondern müssten Europa sozialdemokratisch gestalten helfen.

## BANKEN ZUR VERANTWORTUNG ZIEHEN

Daniela Schwarzer machte klar, dass man endlich Banken zur Verantwortung für ihr Versagen ziehen müsse. Eine Finanztransaktionssteuer sei dringend notwendig und in der Not müsse man sie eben als Deutschland und Frankreich im Alleingang einführen und auf die Signalwirkung hoffen.

Zum Abschluss nahm Robert Drewnicki den Gedanken von Petra Merkel auf, die sich zu Beginn der Diskussion ein föderales Europa gewünscht hatte, das politisch ähnlich wie die Bundesrepublik Deutschland aufgebaut sei.

Wie in der EU gäbe es auch in Deutschland Länder, die die Angleichung der Lebensverhältnisse und die föderale Solidarität als nicht länger notwendig erachten würden. Für den Süden der Republik wäre z. B. Berlin eine Art Griechenland. Vielleicht helfe ein Blick auf dieses hochnäsige und unsolidarische Verhalten ja auch, um zu erkennen, dass in einer Gemeinschaft der Starke den Schwachen helfen müsse. Da könne man natürlich auch Reformen erwarten, aber die Gespräche darüber müsse man auf Augenhöhe führen und den Menschen ein selbstbestimmtes Leben in einem vergleichbaren Wohlstand ermöglichen.

Für alle war beim Mitgliederforum eins klar: Es gibt keine Alternative zu einer gemeinsamen, also solidarischen Krisenpolitik, bei der alle Seiten, also auch die Banken zu beteiligen sind. Am Ende muss ein politisch legitimes Europa mit einer gemeinsamen Wirtschafts- und harmonisierten Steuerpolitik stehen. Die Diskussion über einen sozialdemokratischen Weg dahin wird in der SPD weiter gehen. **PM** □



Bundesrat:

# Mindestlohn verweigert

Swen Schulz: Berliner CDU verpatzt bundespolitisches Debüt

Nach Koalitionsverhandlungen, Senatsbildung und die durch den CDU-Braun-Skandal verursachte Umbildung des Senats, hat die Koalition von SPD und CDU die „normale“ politische Arbeit aufgenommen. Dazu gehört natürlich auch die Positionierung des Landes Berlin zu bundespolitischen Themen. Regelmäßig kommt es im Bundesrat zum Schwur: Wie verhalten sich die Länder zu den verschiedenen Vorlagen, wie stimmen sie ab? Bislang konnte man nur spekulieren, wie es mit Berlin unter den Vorzeichen der Großen Koalition im Bundesrat wird. Am Freitag gab es nun den ersten Auftritt auf der nationalen Bühne - und den hat die CDU gleich mal voll verpatzt! Wir sehen nun in der Tat wie problematisch die Koalition von SPD und CDU jedenfalls in bundespolitischer Hinsicht ist.

Was ist geschehen? Die Länder Baden-Württemberg, Hamburg, Rheinland-Pfalz, Brandenburg, Bremen und Nordrhein-Westfalen, also alle Landesregierungen ohne Beteiligung von CDU/CSU und FDP, haben einen Antrag zur Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohnes eingebracht. In den Beratungen der jeweiligen Bundesratsausschüsse gab es dann ein unterschiedliches Abstimmungsverhalten Berlins: während die von Dilek Kolat geführte Senatsverwaltung im Ausschuss für Arbeit und Soziales dem Mindestlohn zustimmte, votierte Berlin im Wirtschaftsausschuss dagegen - hier wird die Vertretung von Sybille von Obernitz entsendet.

In der Koalitionsvereinbarung ist zwar festgeschrieben, dass die Koalition den im Berliner Vergabegesetz festgeschriebenen Mindestlohn auf 8,50 Euro anhebt. Es ist auch in einem eigenen Absatz viel Sinnvolles zu „Guter Arbeit“ niedergeschrieben. Doch eine Vereinbarung zum Einsatz für



SPD-Anliegen: Mindestlohn.

Foto: Horb

einen bundesweit flächendeckenden Mindestlohn war der CDU nicht abzurufen. Und diese Blockade hat jetzt auf die Abstimmung im Bundesrat durchgeschlagen: Durch die Haltung der CDU wurde der Senat dazu gezwungen, sich im Bundesrat zu enthalten. Am Freitag ist die Forderung nach dem Mindestlohn im Bundesrat schließlich gescheitert - am Widerstand von CDU/CSU und FDP in den Ländern, die sie (mit)regieren.

Für Berlin ist das tragisch. Gerade Berlinerinnen und Berliner leiden unter Dumping-Löhnen. Politisch einigermaßen kurios ist, dass ausgerechnet die Kanzlerin und CDU-Chefin Angela Merkel kurz vor der Bundesratssitzung verkündete sie rechne damit, dass sich Union und FDP noch in dieser Legislaturperiode auf einen gesetzlichen Mindestlohn einigen werden. Es gibt ja inzwischen in der Bundes-CDU starke Kräfte die umdenken und sich für den Mindestlohn einsetzen. Die Berliner CDU hätte also ein kraftvolles Zeichen setzen und die Debatte im Bund im Interesse der Menschen vorantreiben können. Und sie hätte nicht mehr nur darüber geredet, dass sie

fortschrittlich und sozial ist, sondern hätte einen konkreten politischen Beweis dafür erbracht.

BERLIN AUF  
SOZIALEM KURS HALTEN

Daraus ist nun nichts geworden. Im Gegenteil hat sich bestätigt, dass es sehr viel Arbeit für die SPD wird, Berlin gegen den CDU-Widerstand auf sozialem Kurs zu halten.

Wie gehen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nun damit um? Die Aufgabe ist schon benannt: so gut es geht, die CDU auf einen sozialen Kurs bringen. Das wird viel Geduld und Spucke abfordern. Dazu gehört aber auch, dass wir Unterschiede in den Vorstellungen von SPD und CDU klar benennen!

Klaus Wowereit hat das ganz vorbildlich gemacht, etwa indem er im Abgeordnetenhaus und auch beim DGB-Neujahrsempfang für den Mindestlohn eintrat und unmissverständlich darstellte, dass die CDU verantwortlich für die Bundesrats-Enthaltung Berlins ist. Der Ministerpräsidenten Brandenburgs Matthias Platzeck übrigens konnte beim DGB verkünden, dass er im Bundesrat dem Mindestlohn zustimmen konnte - die Koalition mit der CDU ist in Brandenburg Geschichte.

Ich will mich ganz und gar nicht gewissermaßen „aus Prinzip“ ständig mit der CDU streiten. Die Große Koalition muss im Interesse Berlins ein Erfolg werden und darum müssen gangbare Kompromisse gefunden werden - und die sollen von uns dann auch vertreten werden. Aber es muss immer klar sein, was wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten erreichen wollen. Und die CDU muss wissen: wenn sie soziale Politik verhindert, dann werden wir ihr öffentlich einheizen!

Swen Schulz □

## Institut rechnet mit Stagnation der Wirtschaft

Rezessionsgefahr gegenwärtig etwas geringer - Auftragseingänge wieder gestiegen

**Das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in der Hans-Böckler-Stiftung hält an seiner Prognose fest, wonach die deutsche Wirtschaft im Jahresdurchschnitt 2012 nahezu stagnieren wird.**

Aktuell, so die Forscher, signalisiere der Indikator jedoch, dass im Verlauf des Januars die zuvor deutlich spürbare Unsicherheit über die wirtschaftliche Entwick-

lung merklich zurückgegangen ist. Für Februar weist der Indikator eine Rezessionswahrscheinlichkeit von 15,4 Prozent aus, für März liegt der Wert bei 14,5 Prozent und für den April gibt das Instrument eine Wahrscheinlichkeit von nur noch 3,1 Prozent an. Damit sind alle drei Ergebnisse nach dem Ampel-Prinzip des Indikators eindeutig der grünen Klasse (geringe Rezessionswahrscheinlichkeit) zuzuordnen.

Das spiegelt insbesondere die derzeitige Entspannung auf den Finanzmärkten wider. So signalisieren die aktuellen Zinsspreads eine erhebliche Vertrauenszunahme in die Konjunktur. In der Prognose für März und April kommen auch die aufsteigende Tendenz des Ifo Index und positive realwirtschaftliche Faktoren wie die zuletzt wieder gestiegenen Auftragseingänge hinzu. **PM □**

Frauenrechte:

# „Ein lebenslanges Trauma“

## Noch immer gibt es Genitalverstümmelung - auch in Deutschland

**Es ist ein grausames Ritual. Weltweit sind nach Schätzungen von Gesundheitsexperten über 140 Millionen Babies, Mädchen und Frauen von Genitalverstümmelung betroffen. Aufklärungskampagnen und Verbote bewirken immer noch zu wenig. Selbst in Deutschland leben schätzungsweise 30.000-50.000 Mädchen und Frauen mit den Folgen dieser qualvollen Tradition.**

Als „weibliche Genitalverstümmelung“ (Female Genital Mutilation - FGM) bezeichnet die Weltgesundheitsorganisation (WHO) die Beschneidung von Mädchen und Frauen, um damit auch einen deutlichen Begriff in der politischen Auseinandersetzung zu haben. „Female Genital Cutting“ (FGC; weibliche Genitalbeschneidung) ist der neutralere Begriff, den viele betroffene Frauen bevorzugen, wie die aus Eritrea stammende Ärztin Fana Asefaw in ihrer Dissertation feststellte.

Seit Jahrzehnten bemühen sich internationale Organisationen darum, Kindern und Heranwachsenden vor allem in afrikanischen Ländern wie Dschibuti, Ägypten, Guinea, Mali, Sierra Leone, Somalia und im Norden des Sudan ihr Menschenrecht auf körperliche Unversehrtheit zu erhalten. „Kulturelle Barrieren erschweren ein Verstehen der komplexen Zusammenhänge und den Dialog mit den Betroffenen“, meint Fana Asefaw. Die Beschneidung, bei der die äußeren weiblichen Geschlechtsorgane teilweise oder völlig entfernt oder verletzt werden, wird bereits in ägyptischen Dokumenten aus der vorchristlichen Zeit erwähnt. Der Kampf gegen die Verstümmelung trifft daher vor Ort immer wieder auf Gegenwehr, die sich auf die kulturelle Identität beruft. Mit ihrer Autobiographie „Wüstenblume“ hat Waris Dirie 1998 die Weltöffentlichkeit auf das Schicksal der Frauen aufmerksam gemacht.

„Anfänglich wurde die Überwindung von FGM als eine Frage gesundheitlicher Aufklärung verstanden“, so die SPD-Bundestagsabgeordnete und Gesundheitspolitikerin Mechthild Rawert. „Wir wissen heute: Diese Betrachtungsweise greift zu kurz. FGM ist ein gesellschaftlich-kulturelles Problem mit sehr langer Tradition. FGM wird auch in vielen Staaten praktiziert die FGM offiziell verbieten.“

Mechthild Rawert fordert ein schärferes Vorgehen. Denn für die betroffenen Mädchen und Frauen bedeute diese grausame Praktik „ein lebenslanges Trauma, schwere Gesundheitsgefährdungen, massive Einschränkungen ihres Sexuallebens;



Ein Mitglied der Tanzania Civil Society präsentiert Informationsmaterial zur Genitalverstümmelung vor Mitgliedern des Parlaments in Dodoma, Tansania. Foto: Habari Communication/Abdul Njaiidi (United States Agency for International Development)

im Extremfall auch den Tod“. „Die weibliche Beschneidung“, so der Gynäkologe Dr. med. Christoph Zerm in einer Stellungnahme, „ist seit den Jahrtausende zurückliegenden Ursprüngen viel tiefgreifender auf die Beeinträchtigung, ja Unterdrückung der weiblichen Sexualität, präziser: der Lust der Frau daran, abgestellt. Der männlichen Beschneidung geht diese Bedeutung, bezogen auf den Mann, gänzlich ab.“

Längst ist Beschneidung auch in Einwanderungsländern des Westens Realität geworden, vorgenommen häufig bei Heimaturlauben. Das Netzwerk INTEGRA, in dem sich derzeit 24 deutsche Organisationen engagieren, die sich weltweit für eine Überwindung der weiblichen Genitalver-

stümmelung einsetzen, hat daher eine Reihe von Forderungen an die Adresse der Bundesregierung gerichtet. Dazu gehört die Sicherung und der Ausbau des Straftatbestandes Genitalverstümmelung, die Einrichtung eines Nationalen Aktionsplans und entsprechender Präventionsprogramme, die Wiederaufnahme der Koordinierungsfunktion durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) der 2009 gegründeten Bund-Länder-Arbeitsgruppe, aus der sich das FDP-geführte BMZ 2010 zurückgezogen hat. Forderungen, die auch die SPD-Bundestagsabgeordnete Mechthild Rawert unterstützt.

Konkrete Maßnahmen schlagen auch die TaskForce und der Bund Deutscher Kriminalbeamter vor. Sie fordern vom Staat und den Behörden die Einführung der ärztlichen Meldepflicht sowie die Durchsetzung familienrechtlicher Maßnahmen. Es müsse deutlich werden, dass diese „besonders systematische innerfamiliäre Gewalt und Kindesmisshandlung“ eine Straftat sei, die in der Europäischen Union verfolgt werde. Den Eltern der misshandelten Mädchen sei dies in der Regel bewusst. Sie würden nicht aus Unwissenheit handeln, sondern gerade deshalb ins Ausland ausweichen.

In Berlin bieten u.a. der in Reinickendorf ansässige Verein Mama Afrika e.V., der Berliner Entwicklungspolitische Ratschlag oder das Familienplanungszentrum BALANCE Beratung und zum Teil auch medizinische Hilfe. **uh □**

**P** OST AN DIE BERLINER STIMME, MÜLLERSTR. 163, 13353 BERLIN

**Da die BS sich um die Bewahrung der Historie der Sozialdemokratie in Berlin Verdienste erworben hat (und zur Zeit mit dem mehrteiligen Beitrag von Siegfried Heimann über die „Mühen der Ebene“ im Nachkriegsberlin weiter erwirbt) will ich auf einen für mich ärgerlichen Tatbestand aufmerksam machen, die kritiklose Übernahme von DDR-Spachgebrauch, der damals ja politischen Inhalt vermitteln sollte:**

In diesen Tagen schreibt der Tagesspiegel von „Stadtbezirken“. Nach der Verfassung gibt es nur „Bezirke“ für die Verwaltungseinheiten unterhalb der Landesebene. Damals in der DDR war diese Bezeichnung erforderlich, um von den in der DDR in der Nachfolge der zerschlagenen Länder neu geschaffenen „Bezirken“ abzugrenzen.

Und nun findet sich im mit „PM“ gezeichneten Beitrag über den Ella-Kay-Preis für zivilgesellschaftliches Engagement (BS Nr. 2 vom 28. Januar 2012 S.4) der Hinweis, Ella Kay habe „von 1958 bis 1968 ...dem West-Berliner Abgeordnetenhaus“ angehört.

Es gab auch während der Spaltung der Stadt nur das „Abgeordnetenhaus von Berlin“. Da man in Ost-Berlin nur zu dem Ersatzgremium Stadtverordnetenversammlung „wählen“ durfte, wurde im Abgeordnetenhaus von Berlin bei Wahlen eine gewisse Zahl von Abgeordnetenmandaten entsprechend der Bevölkerungszahl für Ost-Berlin frei gehalten, also nicht besetzt. Es blieb ein Berliner Abgeordnetenhaus, wie es die Verfassung vorsah. Ein „West-Berliner Abgeordnetenhaus“ hat es nie gegeben. **Frank Walter, 10777 Berlin □**

# Vertane Jahre für die Pflegebedürftigen

Mechthild Rawert: Bundesregierung vergibt Chance für nachhaltige Reform

**Pflegepolitisch war 2011 kein „Jahr der Pflege“ sondern ein Flop. Nun hat Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr (FDP) den Referentenentwurf „Gesetz zur Neuausrichtung der Pflegeversicherung (PNG)“ vorgelegt. Dieser ist leider kein großer Wurf im Interesse der Pflegebedürftigen, sondern eher eine wahltaktische Übergangslösung.**

Das Hauptversprechen des Entwurfs liegt darin, dass das ambulante Leistungsangebot für an Demenz Erkrankte verbessert wird. Ab dem 01.01.2013 sollen für die Pflege zu Hause zusätzlich zur Grundpflege und hauswirtschaftlichen Versorgung ambulante Betreuungsleistungen hinzukommen. Dafür wird zeitgleich der Pflegebeitragsatz um 0,1 Prozent erhöht. Keine Leistungsverbesserungen gibt es für an Demenz Erkrankte in stationären Einrichtungen.

NEUDEFINITION DER  
PFLEGEBEDÜRFTIGKEIT:  
KONSENS MISSACHTET

Unverantwortlicherweise forciert Schwarz-Gelb auch weiterhin keine wirkliche Umsetzung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs. Dabei herrscht ein breiter gesellschaftlicher Konsens darüber, dass ein neuer Pflegebedürftigkeitsbegriff dringend notwendig ist. Dieser soll sich nicht nur an körperlichen, sondern auch an kognitiven und psychischen Einschränkungen orientieren und den Grad der Hilfebedürftigkeit bei den täglichen Verrichtungen in den Mittelpunkt stellen. Umfangreiche Vorarbeiten hierfür liegen bereits seit Sommer 2009 vor.

Minister Bahr will im Februar aber erst mal einen Expertenrat einberufen, um eine „Vielzahl insbesondere auch technischer Fragen“ zu klären. Ich sage voraus: Diese Bundesregierung hat zwei Jahre für eine Pflegereform ungenutzt verstreichen lassen und es wird in dieser Legislaturperiode keine strukturell nachhaltige Reform der Pflege und der Pflegeversicherung mehr geben.

PFLEGEREFÖRMCHEN BIS ZUR  
BUNDESTAGSWAHL

Der Referentenentwurf des „Gesetz zur Neuausrichtung der Pflegeversicherung (PNG)“ ist mutlos und geht die aktuellen Pflegeherausforderungen als auch die des demographischen Wandels nicht energisch an. Stattdessen ist dieses Reförmchen leistungsrechtlich so zusammengestutzt, dass es dem Minimalkompromiss zur ge-



Mechthild Rawert, MdB, ist Mitglied des Gesundheitsausschusses.

## Pflegepläne

**Einige Veränderungen durch das geplante neue Pflegegesetz ab dem 01.01.2013:**

○ Beitragssatzerhöhung von 0,1 % in der Pflegeversicherung und zusätzlich die Einführung einer privat zu finanzierenden, steuerlich geförderten Zusatzvorsorge.

○ An Demenz Erkrankte, die bisher keiner der drei Pflegestufen zugeordnet sind (Pflegestufe 0), sollen zusätzlich zum von der SPD eingeführten Betreuungsgeld in Höhe von 100 Euro bzw. 200 Euro im Monat in Zukunft auch Geld- oder Sachleistungen aus der Pflegeversicherung erhalten können. Ambulante Dienste bekommen bis zu 225 Euro monatlich für deren Betreuung. In der Pflegestufe I können Pflegebedürftige, die zu Hause von ambulanten Pflegediensten betreut werden, künftig bis 665 Euro beziehen und in der Pflegestufe II bis zu 1.250 Euro. Für pflegebedürftige Demenzerkrankte in der Pflegestufe III wird es keine Aufstockung geben.

○ Für Pflegebedürftige in ambulant betreuten Wohngemeinschaften ist ein Zuschlag von 200 Euro monatlich geplant.

○ Eine bessere Verzahnung von stationären Einrichtungen und ÄrztInnen sollen die Kassenärztlichen Vereinigungen durch Kooperationsverträge zwischen Ärzten und Pflegeheimen erreichen. Für ÄrztInnen plant der Gesetzgeber Zuschüsse, damit diese für Hausbesuche in Heimen ein gesondertes Honorar erhalten.

○ Pflegenden Angehörigen sollen leichter eine Auszeit in Anspruch nehmen können; das Pflegegeld soll auch während einer Kurzzeit- oder Verhinderungspflege zur Hälfte weiter gezahlt werden.

setzlichen Pflegeversicherung des CDU/CSU/FDP-Koalitionsgipfels vom November 2011 entspricht.

Minister Bahr fürchtet sowohl das Veto durch Bundesfinanzminister Schäuble als auch die Ablehnung durch den Bundesrat. Deshalb wird das Gesetzesvorhaben in zwei Teile gesplittet: Das Bundesgesundheitsministerium ist verantwortlich für die Pflegesätze bzw. die Beitragserhöhung. Die privat zu finanzierende Pflegezusatzversicherung erarbeitet das Bundesfinanzministerium.

Dieser „Pflege-Bahr“ ist unsolidarisch, weil sich viele GeringverdienerInnen eine zusätzliche private Absicherung des Pflegerisikos schlichtweg nicht mehr leisten können.

FINANZIERUNG DER PFLEGE BIS  
ZUR WAHL VERTAGT

Alles in allem sind im Gesetzentwurf zur Neuausrichtung der Pflegeversicherung kleine Trippelschritte vorgesehen, die notwendig aber nicht ausreichend sind. Die Bundesregierung drückt sich um eine nachhaltige Pflegereform, da sie über die Finanzierung keine Einigkeit herstellen kann.

Statt mittel- und langfristige Antworten auf die enormen Pflegeherausforderungen zu geben, will sie sich nur bis zum Wahltag 2013 retten. Sie überlässt mit dieser Scheinreform ihrer Nachfolgerregierung einen Haufen unerledigter Aufgaben. Für viele Pflegebedürftige und ihre Angehörigen werden deshalb auch die kommenden Monate keine spürbaren Entlastungen oder Leistungsverbesserungen bringen.

BÜRGERVERSICHERUNG STEHT  
FÜR SOLIDARISCHE  
PFLEGEVERSICHERUNG

Wir brauchen eine solidarische und paritätisch finanzierte Bürgerversicherung auch in der sozialen Pflegeversicherung. Nur so erhalten alle Menschen unabhängig von der Art ihrer Einschränkungen endlich einen gleichberechtigten Zugang zu den Leistungen der sozialen Pflegeversicherung.

Die Kosten der Umsetzung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffes belaufen sich auf real jährlich auf rund 3,6 Milliarden Euro und für die ersten Übergangsjahre weitere drei Milliarden Euro. Dazu sind moderate Beitragssteigerungen notwendig, aber keine privaten Zusatzversicherungen und kein Einstieg in eine Zwei-Klassen-Pflege.

**Mechthild Rawert** □

Zeitgeschichte:

# Der Weg zu Freiheit und Demokratie

Siegfried Heimann über die „Mühen der Ebene“ im Nachkriegsberlin (Teil 5: 1948/49)

Die Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung, nur noch in den drei Westsektoren am 5. Dezember 1948 möglich, offenbarten ein weiteres Mal, wie die Berlinerinnen und Berliner über die politische Spaltung Berlins dachten. Für die SED waren diese Wahlen freilich „Spalterwahlen“. Wilhelm Pieck notierte in Vorbereitung auf ein Gespräch mit Josef Stalin im Dezember 1948, dass eine neue Wahl in ganz Berlin erst wieder stattfinden werde, „wenn Einheit Berlins“ und „einheitliche Währung“ gegeben sei. Er bewies damit, freilich anders als er es sich dachte, eine bemerkenswerte Voraussicht.

Die SED stellte sich, wie Gerhard Keiderling im Rückblick feststellte, „gar nicht erst dem Urteil der Berliner. Ihre Verweigerung rechtfertigte sie mit den Worten, es handle sich um ‚antinationale Spalterwahlen‘, die überdies ‚im Zeichen der offenen Kriegs- und Antisowjethetze‘ stattfänden. Die These von ‚Spalter- und Terrorwahlen‘ in Westberlin gehörte danach zum festen Vokabular der SED-Geschichtsschreibung.“

## Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung von Groß-Berlin am 5. Dezember 1948 (nur in den drei Westsektoren)

Die Wahlbeteiligung betrug 86,3 % und lag damit über 5 % unter der Wahlbeteiligung von 1946.

|     | Prozent | Mandate |
|-----|---------|---------|
| SPD | 64,5    | 76      |
| CDU | 19,4    | 26      |
| LDP | 16,1    | 17      |

Die SED hatte eine Teilnahme an der Wahl verweigert.

Von den 76 SPD-Abgeordneten waren 16 bereits 1946 gewählt worden. Sie behielten ihre Sitze. Das betraf auch fünf der 26 CDU-Abgeordneten.

### ÜBERWÄLTIGENDER WAHLSIEG DER SPD

Die Berliner SPD erzielte in Westberlin erneut einen überwältigenden Wahlsieg. Die über 64 % der Stimmen für die SPD wurden freilich weniger wegen des von allen Berliner Sozialdemokraten vertretenen Wahlkampfziels „Freiheit - Demokratie - Sozialismus“ erreicht als aufgrund der überzeugenden Haltung der SPD während der Blockade Berlins und der Spaltung der Stadt. Die SPD war zur „Berlin-Partei“ geworden. Sie hatte einen Zuwachs von fast 13 % zu verzeichnen, in einigen Bezirken



Mitgliederwerbung der Lichtenberger SPD.

Foto: BS/Sammlung Jürgen Wagner

wie Wedding, Kreuzberg und Neukölln erreichte sie mehr als 70 %. Um fast 6 % legte die LDP (bald FDP) zu, während die CDU fast 5 % an Stimmen verlor.

Einen Tag nach der Wahl gab die amtierende Oberbürgermeisterin Louise Schroeder in einem Rundfunkgespräch ihrer großen Zufriedenheit mit dem Wahlergebnis Ausdruck, sie machte zugleich auch deutlich, dass die Wahlen am 5. Dezember sehr viel mehr als ein lokales Ereignis waren: „Ich kann wohl ohne weiteres sagen, daß dieser Abend einer der frohesten ist, den ich erleben konnte in dieser an sich schweren Zeit. Einmal bin ich unendlich glücklich, daß der Wahltag so gut vorübergegangen ist, keine Menschen dabei zu Schaden gekommen sind und daß er aber daneben auch einen so gewaltigen Erfolg erzielt hat. Wir können, glaube ich, als Berliner unseren westdeutschen Freunden und überhaupt der Welt sagen, daß wir heute eine Wahlschlacht geschlagen haben für Freiheit und Demokratie, wie vielleicht niemand sie erwartet hat und wie sie auch selten da gewesen ist.“

In den Westsektoren waren nur insgesamt 98 Stadtverordnete gewählt worden. Im Ostsektor hatten keine Wahlen stattgefunden. Da die Stadtverordnetenversammlung jedoch nach ihrem Selbstverständnis für ganz Berlin sprechen wollte, sollten die im Jahre 1946 gewählten 32 Abgeordneten aus dem Ostsektor ihr Mandat behalten. Das waren 15 Stadtverordnete der SPD, fünf der CDU und elf der SED. Die der SED zustehenden Sitze blieben freilich unbesetzt. Später wurde mit einem Gesetz vom September 1950 geregelt, dass die im Jahre 1946 gewählten Abgeordneten aus dem Ostsektor weiterhin ihre Sitze auch im Abgeordnetenhaus behalten durften, jedoch nur noch eine beratende Stimme besaßen. Das bezog sich, wie der Präsident des Abgeordnetenhauses Otto Suhr im April 1951 ausdrücklich bekräftigte, auch auf die noch verbleibenden zehn Abgeordneten der SED. Die SED nahm diese Möglichkeit, auch im Abgeordnetenhaus vertreten zu sein, nicht wahr.

Dem Abgeordnetenhaus von Berlin gehörten daher (bis nach 1961) Abgeordne-

te an, die teilweise 1946 in die Gesamtberliner Stadtverordnetenversammlung gewählt worden waren, teilweise 1948 und danach in Westberlin gewählt worden waren, jedoch weiterhin ihren Wohnsitz in Ostberlin hatten. Abgeordnetenhaus und Senat wiesen darauf im Laufe der Jahre immer wieder hin, um so den Anspruch mit zu begründen, für ganz Berlin zu sprechen zu dürfen. Zuletzt tat dies auch der Regierende Bürgermeister Willy Brandt im Januar 1960, als er anlässlich eines Besuches von Bundeskanzler Konrad Adenauer in Westberlin in seiner Begrüßungsrede im Abgeordnetenhaus von Berlin daran erinnerte: „Unter uns hier sitzen Abgeordnete, die zwar wie wir alle in West-Berlin gewählt worden sind, die aber im Ostsektor dieser Stadt ihren Wohnsitz haben, und wir alle hier erinnern uns häufig jenes schändlichen Vorgangs vom 30. November 1948, als der Ostsektor widerrechtlich von uns, von einer für die ganze Stadt frei gewählten Vertretung und für die ganze Stadt wirkenden Verwaltung, abgespalten wurde. Das entsprach damals nicht und das entspricht auch heute nicht dem Willen der Bevölkerung.“

### DEMOKRATISCHER NEUANFANG - ABER NUR IN WESTBERLIN

Am 14. Januar 1949 trat die neu gewählte Stadtverordnetenversammlung zum ersten Mal zusammen. Sie tagte im Schöneberger Rathaus. Was als Provisorium gedacht war, sollte über 40 Jahre dauern. Otto Suhr (SPD) blieb Stadtverordnetenvorsteher. Auch der Berliner Magistrat, später der Senat von Berlin, fand im Rathaus des Bezirks Schöneberg gastliche Aufnahme. Während der zweiten Sitzung der Stadtverordneten, am 18. Januar 1949, wählten sie auf Vorschlag des zuvor schon gewählten Oberbürgermeisters Ernst Reuter eine neue Stadtregierung. Eine „Allparteienregierung“ aus allen in der Stadtverordnetenversammlung vertretenen Parteien sollte die schwierigen Probleme, vor denen das immer noch blockierte Berlin stand, lösen helfen. Die SPD stellte mit sieben die meisten Stadträte, CDU und LDP stellten je drei. Die LDP schloss sich bald als Berliner Landesverband der FDP in den Westzonen an und übernahm auch ihren Namen.

Der Wille der am 5. Dezember 1948 gewählten Stadtverordneten und des neuen Magistrats mit dem Oberbürgermeisters Ernst Reuter an der Spitze, für ganz Berlin zu sprechen, war auch in den folgenden

weiter auf Seite 13

**Fortsetzung von Seite 12**

Jahren ungebrochen, verwalten konnten sie nur die drei Westsektoren. In Westberlin wollten sie jedoch einen „demokratischen Neuanfang“ wagen.

Dieser Neuanfang stand freilich weiterhin unter alliierterm Vorbehalt. Nachdem die Sowjetunion im Jahre 1948 den Alliierten Kontrollrat und die Alliierte Kommandantur verlassen hatte, mussten die Westalliierten ihr Verhältnis zu der in den Westzonen entstehenden Bundesrepublik neu ordnen. Das Besatzungsstatut vom 10. April 1949 sollte in seinen Grundzügen auch in den Westsektoren Berlins Anwendung finden, einige Besonderheiten galt es jedoch festzuhalten. Sie fanden ihren Niederschlag in der „Erklärung über die Grundsätze der Beziehungen der Stadt Groß-Berlin zu der Alliierten Kommandantur“ vom 14. Mai 1949. Dieses sogenannte Kleine Besatzungsstatut hob zwar den Artikel 36 der Vorläufigen Verfassung von 1946 auf, ließ aber keinen Zweifel darüber, dass die Alliierten sich weiterhin in einer Vielzahl von politischen Bereichen die alleinige „Zuständigkeit“ vorbehielten, etwa die Überwachung der Entmilitarisierung der Stadt und die Überwachung der Berliner Polizei. Darüber hinaus beharrten sie darauf, „volle Machtgewalt wieder auszuüben, wenn sie es zur Sicherheit oder zur Erhaltung der demokratischen Verwaltung [...] für unerlässlich erachten“. Sie bestanden auch auf ihrem Recht, „im Notfalle einzugreifen und Befehle zu erlassen, um die Sicherheit, Ruhe und finanzielle und wirtschaftliche Stabilität der Stadt aufrechtzuerhalten“.

Das schloss, wie sich zeigen sollte, Vorbehalte gegen die uneingeschränkte Zugehörigkeit eines „Landes“ Berlin zur Bundesrepublik ebenso ein wie die vorbehaltlose Übernahme von Gesetzen des Bundestags. Berliner Bundestagsabgeordnete durften nicht direkt am Tage der Bundestagswahl von der Westberliner Wahlbevölkerung gewählt werden, sondern nur indirekt von der Stadtverordnetenversammlung bzw. dem Abgeordnetenhaus. Die so Gewählten sollten kein Recht zur Abstimmung im Plenum des Bundestags besitzen. Die im Bundestag beschlossenen Gesetze traten in Westberlin erst in Kraft, wenn sie zuvor als sogenanntes Mantelgesetz im Abgeordnetenhaus eine Mehrheit gefunden hatten. Vor allem diese Festschreibung eines alliierter Vorbehalts sollte bald kontroverse Debatten in der Stadtverordnetenversammlung bzw. dem Abgeordnetenhaus auslösen.

Während der Berlin-Blockade und erst recht mit ihrem Ende am 12. Mai 1949 war klar geworden, dass für Westberlin nur eine Option für eine enge Bindung an den entstehenden deutschen Weststaat in Frage kam. Die Forderung der Berliner SPD, die



SPD-Plakat der Nachkriegsjahre.

Fotos: BS/Sammlung Jürgen Wagner

gesamte Stadt als zwölftes Bundesland in die am 23. Mai 1949 gegründete Bundesrepublik einzubeziehen, fand zwar Beifall bei allen in der Stadtverordnetenversammlung vertretenen Parteien, nicht aber bei den Westalliierten. Zwar hatte der Parlamentarische Rat in Artikel 23 neben den elf westdeutschen Bundesländern auch Groß-Berlin als Land der Bundesrepublik genannt, in dem das Grundgesetz gelte. Die Militärgouverneure der drei Westmächte hatten diesen Passus jedoch am 12. Mai 1949 in ihrem Genehmigungsschreiben suspendiert. Die Westmächte gestanden den Westberlinern lediglich eine beschränkte Anzahl Vertreter zur Teilnahme an den Sitzungen in den beiden legislativen Körperschaften Bundestag und Bundesrat zu. Die direkte Wahl, noch mehr aber das „volle“ Stimmrecht der Berliner Abgeordneten im Bundestag blieben auch in den kommenden Jahren eine vom Abgeordnetenhaus vertretene wichtige Forderung, um die Einbeziehung Westberlins in das politische System der Bundesrepublik festzuschreiben. Die Alliierten beharrten jedoch letztlich bis 1990 auf ihrem Vorbehalt.

Die größte Aufgabe, vor der die Berliner Stadtverordneten und die Mitglieder des Berliner Magistrat standen, war die Sicherung der „Lebensfähigkeit“ der Teilstadt Westberlin. Die Blockade Westberlins ging am 12. Mai 1949 zu Ende. Die Sowjetunion hatte ihr politisches Ziel, die drei Westsektoren Berlins ihrem Einflussbereich zuzuschlagen, nicht erreicht. Die Westberliner begrüßten den ersten Lastwagen, der über die Autobahn von Helmstedt nach Berlin gekommen war, freudig mit Plakaten:

„Hurra, wir leben noch“. Die Überlebensfähigkeit Westberlins aber war mit Optimismus allein nicht zu sichern. Im Gegenteil: Schon bald waren die Geschäfte in Westberlin mit billigen „Ladenhütern“ aus Westdeutschland überschwemmt, und die durch die Blockade schwer in Mitleidenschaft gezogene Berliner Wirtschaft drohte, nicht wieder auf die Beine zu kommen. Finanzielle Hilfe war dringend erforderlich, und sie konnte nur aus dem Westen kommen.

Immerhin war mit dem Inkrafttreten der „Dritten Währungsverordnung“ am 20. März 1949 der Streit um eine oder zwei Währungen für Westberlin beendet. Die „Westmark“ war nun alleiniges Zahlungsmittel in Westberlin. Das war nicht nur finanzpolitisch von großer Bedeutung, die neue Währung besaß auch symbolisches Gewicht.

Die Westberliner waren nun nicht mehr allein, die gewollte und seit Mitte 1948 mit Opfern verteidigte Bindung an die politische Entwicklung in den Westzonen besaß nun einen Namen. Ernst Reuter sprach den Westberlinern aus dem Herzen, als er sagte: „Jetzt kann man uns nicht mehr abhängen. Die bloße Tatsache der Einführung der Westmark ist mehr wert als hundert politische Erklärungen [...]“.

Nach der Gründung der Bundesrepublik machte die „trostlose Finanzsituation“ Westberlins vor allem eine „Angleichung an Gesetzgebung und Recht des Bundes“ notwendig, da diese, wie sich zeigen sollte, eine „unabdingbare Voraussetzung jeglicher Hilfe aus dem Westen“ war. Politische Kompromisse waren notwendig, um diese Hilfe zu erhalten. Darüber entstanden schon bald sehr kontroverse Debatten in der Stadtverordnetenversammlung, da besonders eine Mehrheit in der SPD-Fraktion nicht gewillt war, um dieser Hilfe willen auf „Errungenschaften“ der Berliner Landespolitik aus der Zeit vor 1949 zu verzichten. Dazu gehörten Verordnungen und Gesetze, die das Berufsbeamtenamt abschafften, eine einheitliche Sozialversicherung errichteten und eine Schulreform mit einer achtklassigen Grundschule für alle Schüler durchführten. Oberbürgermeister Ernst Reuter teilte die Wertschätzung dieser Gesetze, sah jedoch die enge Bindung an die Bundesrepublik als unabdingbar für den Erhalt der Lebensfähigkeit Westberlins an. Er und seine wenigen Mitstreiter sahen sich oft in dieser Frage allein gegen die Mehrheit seiner Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung und später im Abgeordnetenhaus. □

**Fortsetzung nächste Ausgabe**

Der Beitrag ist in erweiterter Form erschienen als Einleitung zu dem von Werner Breunig und Andreas Herbst verfassten „Biographischen Handbuch der Berliner Stadtverordneten und Abgeordneten 1946 - 1963“, Landesarchiv Berlin 2011.

## Spannende Gespräche

Interessante Gäste bei „Thierse trifft...“ im Frühjahr

**Die neuen Termine der Gesprächsreihe „Thierse trifft...“ stehen fest. Zwischen März und Juni stehen u.a. Begegnungen mit dem Brandt-Vertrauten Egon Bahr und der früheren Grünen-Bundestagsabgeordneten Antje Vollmer auf dem Programm. Den Auftakt macht ein Treffen mit Prof. Hermann Parzinger, in dem es auch um die Weiterentwicklung der Berliner Museumschätze gehen wird. Die Termine im Überblick:**

**6. März 2012:** Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Hermann Parzinger, Präsident der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, Prähistoriker, ehemaliger Direktor und Präsident am Deutschen Archäologischen Institut, Präsident des Deutschen Verbandes für Archäologie, Berliner Meister im Judo

**20. März 2012:** Dr. Antje Vollmer, Bundestagsvizepräsidentin a.D., Bundestagsabgeordnete von Bündnis 90 / Die Grünen bis 2005, Theologin, Publizistin, Moderatorin des Runden Tisches Heimerziehung in den 50er und 60er Jahren

**24. April 2012:** Aydan Özoguz, Hamburger Mitglied des Deutschen Bundestages,

frisch gewählte Stellvertretende Bundesvorsitzende der SPD, Mitglied des Kuratoriums der Muslimischen Akademie in Deutschland

**5. Juni 2012:** Egon Bahr, Bundesminister a.D., ehem. Bundestagsabgeordneter, „Architekt der Ostverträge“, langjähriger Sprecher und Berater von Willy Brandt und Bundesgeschäftsführer der SPD

„Thierse trifft...“ beginnt jeweils um 19.30 Uhr im Soda-Salon in der Kulturbrauerei, Eingang Knaackstraße oder Sredzkistraße in Prenzlauer Berg. Der Eintritt ist frei.

**Einen Sondertermin „Thierse trifft ... EXTRA“ gibt es im Mai:**

**23. Mai 2012, Beginn 19.00 Uhr:** „Thierse trifft ... EXTRA“: Makhenkesi Arnold Stofiles Botschafter der Republik Südafrika, Ministerpräsident a.D. der Provinz Ostkap, Sportminister a.D., ehem. inhaftierter Aktivist, Schatzmeister und Fraktionsvorsitzender des ANC, Pfarrer und Theologiedozent. Aus Anlass des 100jährigen Bestehens des ANC in Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Stiftung und des August-Bebel-Institutes. Ort: Friedrich-Ebert-Stiftung, Hiroshimastraße 17, 10785 Berlin.

## Trauer um Klaus Theo Schroeder

**Der ehemalige Staatssekretär im Bundesgesundheitsministerium, Klaus Theo Schroeder, ist am 14. Februar im Alter von 64 Jahren verstorben. Von 1999 bis Dezember 2000 war er Staatssekretär in der Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales und Frauen in Berlin.**

„Als Staatssekretär im Bundesgesundheitsministerium von Ulla Schmidt war er ein von allen geschätzter, aufrichtiger und sehr kompetenter Fachmann“, so der SPD-Gesundheitspolitiker Karl Lauterbach. „Unser Mitgefühl gilt in dieser Stunde besonders seinen Angehörigen. Er wurde von allen geschätzt als ein Mensch mit Charakter und Humor und großer Fachkenntnis.“

Schröder wurde am 5. Februar 1948 in Moers geboren. Er war an verschiedenen wissenschaftlichen Einrichtungen tätig und wechselte 1986 ins Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen. 1994 wurde Schroeder Staatssekretär im Thüringer Ministerium für Soziales und Gesundheit in Erfurt. In Berlin war sein Schwerpunkt die Stabilisierung der Berliner Krankenkassen und die Umgestaltung der städtischen Krankenhäuser der Stadt. **BS □**

**Aus Datenschutzgründen  
nicht in der  
Internetversion enthalten**

## T ERMIN E

■ 18.02.2012, 10:00 Uhr, SPD Steglitz-Zehlendorf - Abteilung Lichterfelde Ost und Süd, „Im Gespräch mit den Menschen“ - Informationsstand am Kranoldmarkt in 12209 Lichterfelde-Ost

■ 20.02.2012, 19:30, Fachausschuss Stadt des Wissens - AG Hochschule, Wissenschaft, Entwicklung der Hochschulen mit Senatorin Sandra Scheeres, Kurt-Schumacher-Haus, Franz-Künstler-Saal, Müllerstraße 163, 13353 Berlin

■ 20.02.2012, 19:00, Ülker Radziwill, MdB / Fachausschuss Gesundheit und Soziales, Stand und Inhalt der Überlegungen des Senats zur Novelle des Psychisch-Kranken-Gesetzes, mit dem Landesbeauftragten für Psychiatrie, Heinrich Beuscher; geplante Änderungen im Maßregelvollzug im Rahmen der Novelle des PsychKG - mit Dr. Möllhoff-Mylius, Maßregelvollzugsreferent bei SenGesSoz, Abgeordnetenhaus von Berlin, Raum 304, Niederkirchnerstraße, 10117 Berlin

■ 21.02.2012, 14:00, SPD Reinickendorf - AG 60 plus, Mitgliederversammlung mit Wahlen, Ratskeller Reinickendorf, Eichborndamm 237, 13437 Berlin

■ 21.02.2012, 19:30 Uhr, SPD Steglitz-Zehlendorf - Abteilung Lichterfelde Ost und Süd, Jahreshauptversammlung mit Neuwahlen des Vorstandes und der Delegierten im „Reinhold-Voht-Haus - Soziale Dienste“, Osdorfer Straße 121, 12207 Lichterfelde-Süd

■ 22.02.2012, 20:00, SPD Steglitz-Zehlendorf - Abt. Dahlem, Zeitzeugengespräch: Käthe Sasso aus Wien, die über ihr Leben im antifaschistischen Widerstand in Österreich und ihr Leben im KZ Ravensbrück berichtet, Friedenszentrum, Pacelliallee 61, 14195 Berlin

■ 22.02.2012, 16:00, AG 60plus Charlottenburg-Wilmersdorf, Jahreshauptversammlung - Neuwahlen, Rathaus Charlottenburg - Lily-Braun-Saal, Otto-Suhr-Allee 100, 10585 Berlin

■ 22.02.2012, 19:00 Dr. Ina Czyborra, MdB, ASF Berlin, Sitzung ASF Landesvorstand, Abgeordnetenhaus von Berlin, Raum 304, Niederkirchnerstraße, 10117 Berlin

■ 23.02.2012, 19:00, SPD Treptow-Köpenick, „Deutschlands ungenutzte Ressourcen – Aufstieg, Bildung und Chancen“ - Buchvorstellung und Diskussion mit Harald Christ, Café Grenzenlos, Plesserstr. 1, 12435 Berlin

■ 23.02.2012, 19:30, AGS Tempelhof-Schöneberg, Jahreshauptversammlung - Neuwahlen, Rathaus Schöneberg, Fraktionszimmer der SPD, Raum 2048, John-F.-Kennedy-Platz, 10825 Berlin

■ 23.02.2012, 19:00, SPD Spandau und AK Pflege und Gesundheit der AWO, Überschuldung und soziale Folgen. Über Ursachen und Folgen von Überschuldung, über Möglichkeiten der Beratung und Unterstützung Betroffener sowie über Schulprojekte zur Prävention be-

richtet Frau Börner-Grimm, Leiterin der AWO-Schuldnerberatung Spandau, SPD Kreisbüro, Bismarckstraße 61, 13585 Berlin

■ 25.02.2012, 10:00 - 12:00, SPD Neukölln - AfA Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen, Arbeitslosenfrühstück, auf Wunsch mit Beratung. Das Frühstück findet jeden 4. Sonntag im Monat statt. SPD Bürgerbüro, Herrfurthplatz 5, 12049 Berlin

■ 25.02.2012, 10:00 Uhr: SPD Steglitz-Zehlendorf - Abteilung Lichterfelde Ost und Süd, „Wir im Lichterfelder Süden“ - Informationsstand vor McDonald's am S-Bahnhof Osdorfer Straße in 12207 Lichterfelde-Süd

■ 25.02.2012, 14:00 - 18:00, ASF - Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen Berlin, Frauenpolitisches Forum 2012, Rathaus Charlottenburg - Festsaal im 3.OG, Otto-Suhr-Allee 100, 10585 Berlin. ÖPNV: M 45/ U7 Bhf. Richard-Wagner-Platz, Teilnahme bitte bis zum Freitag 17. Februar 2012 telefonisch 030.4692 - 222 anmelden.

■ 27.02.2012 ab 8 Uhr: Politische Tagesfahrt durch Berlin mit Besichtigung des Reichstages und des Verteidigungsministeriums. Bitte anmelden unter 4692-125 oder eva.hoegl@wk.bundestag.de

■ 28.02.2012, 19:00, AGS Marzahn-Hellersdorf, Jahreshauptversammlung - Wahlen, Gaststätte „Zur Grünen Aue“, Köpenickerstraße 189, 12683 Berlin

■ 28.02.2012, SPD Pankow - AG Migration, Mitgliederversammlung mit Vorstandswahlen, Büro der SPD Fraktion der BVV Pankow, Haus 7, Fröbelstraße 17, 10405 Berlin

■ 29.02.2012, 09:00 - 11:30, Friedrich-Ebert-Stiftung, Fachtagung: Doppelt diskriminiert? Menschen mit Behinderung können leider oft nur eingeschränkt am Arbeitsleben teilhaben. Arbeitsuchende mit Migrationshintergrund, bei denen eine Behinderung vorliegt, erfahren jedoch noch ungleich häufiger Diskriminierungen auf individueller, struktureller und institutioneller Ebene. Anmeldung und weitere Informationen unter Friedrich-Ebert-Stiftung, Telefon: 030 26935 7304 Friedrich-Ebert-Stiftung, Haus 2, Hiroshimastraße 28, 10785 Berlin

■ 29.02.2012, 18:00, Torsten Schneider, MdB - Fachausschuss Internationale Politik, Frieden und Entwicklung, Hoch die internationale Solidarität! Sind die Formen der internationalen Vernetzung der Sozialdemokratie noch zeitgemäß? mit Prof. Dr. Christoph Zöpel, Honorarprofessor an der TU Dortmund, Staatsminister im Ausw. Amt a.D., Oliver Gaida, Bereich Internationales der Jusos Berlin, Abgeordnetenhaus von Berlin, Raum 377, Niederkirchnerstraße, 10117 Berlin

■ 29.02.2012, 17:00, SPD Treptow-Köpenick - AG Migration, Mitgliederversammlung mit Wahlen, SPD Kreisbüro, Grünauer Str. 8, 12557 Berlin

■ 29.02.2012, 18:00, AfB der SPD Treptow-Köpenick, Wahlversammlung, Villa Offensiv 91, Hasselwerderstr. 38-40, 12439 Berlin

■ 29.02.2012, 19:00 Uhr, AG Lesben und

Schwule in der SPD Tempelhof-Schöneberg, Jahreshauptversammlung mit Wahlen, Rathaus Schöneberg, Raum 2047

■ 29.02.2012, 19:30, ASF Charlottenburg-Wilmersdorf, Mitgliederversammlung mit Vorstandswahlen, SPD Bürgerbüro, Goethestraße 15, 10625 Berlin

■ 01.03.2012, 18:00 Uhr: SPD Steglitz-Zehlendorf - Abteilung Lichterfelde Ost und Süd, „Unterwegs im Lichterfelder Kiez“ - lockeres Beisammensein in der „Bahnhofs-Wirtschaft“, Jungfernstieg 4 b, 12207 Lichterfelde-Ost

■ 01.03.2012, 17:00, SPD Steglitz-Zehlendorf - AG Migration, Plenum des Netzwerks Integration Südwest (NIS), Diakonisches Werk Steglitz und Teltow-Zehlendorf e.V., Johanna-Stegen-Straße 8, 12167 Berlin

■ 01.03.2012, 18:00, SPD Reinickendorf - AG Migration, Mitgliederversammlung mit Wahlen, Ratskeller Reinickendorf, Eichborndamm 215 - 239, 13437 Berlin

■ 01. März 2012, 19:30 Uhr, SPD Reinickendorf AfB, Wahlversammlung, Ratscherrenstube im Ratskeller Reinickendorf, Eichborndamm 215-239, 13437 Berlin.

■ 02.03.2012, 18:00, SPD Treptow-Köpenick - AG Kultur, Vernissage der Ausstellung „... auf der Suche ...“ Ölmalerei von Gunter Lorenz, Galerie KUNST trifft POLITIK, SPD Kreisbüro, Grünauer Str. 8, 12557 Berlin

■ 02.03.2012, 15:00 - 17:30, Sprechstunde der Bundestagsabgeordneten Mechthild Rawert - Tempelhof-Schöneberg, SPD Wahlkreisbüro, Anmeldung zur BürgerInnen-sprechstunde telefonisch unter 720 13 884, Friedrich-Wilhelm-Straße 86, 12099 ÖPNV: U-Bahnhof Kaiserin-Augusta-Str.

■ mehr Termine unter [www.spd-berlin.de/termine](http://www.spd-berlin.de/termine)

## Stellenausschreibung

**Der SPD-Landesverband Berlin sucht zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine Sachbearbeiterin / Sachbearbeiter für das Kreisbüro der SPD Pankow.**

Die Stelle ist bis zum 31. Mai 2014 befristet. Die Wochenarbeitszeit beträgt 23,19 Stunden, die Vergütung erfolgt in Anlehnung an die Gruppe V (Stufe 1) der Gehaltstabelle des SPD-Landesverbandes Berlin. Die Probezeit beträgt drei Monate.

Der Tätigkeitsbereich umfasst die eigenverantwortliche Büroorganisation, die Zusammenarbeit mit Parteigremien vor Ort sowie die Mitarbeit bei der organisatorischen Vorbereitung und Durchführung von Veranstaltungen und sonstigen Aktivitäten sowie allgemeine Kommunikationsaufgaben und die Vermittlung politischer Bildung. Bewerbung bitte bis zum 23. Februar 2012 an: SPD-Landesverband Berlin, Landesgeschäftsführer Rüdiger Scholz Müllerstraße 163, 13353 Berlin.

➡ Vollständige Stellenausschreibung im Internet: <http://www.sozilink.de/?i=1xc>

## Die Berliner Stimme im Abonnement

**Änderungen beim Abonnement?** Das machen wir gerne. Adress- und Kontoänderungen bitte frühzeitig an berliner.stimme@wegewerk.de oder per Post an wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin

**Sie haben noch kein Abonnement?** Das ändern wir gerne. Das Abonnement kostet 25,05 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail) bzw. 30,15 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post). Bestellungen bitte an wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin oder per E-Mail an berliner.stimme@wegewerk.de.

# Lieder für ein besseres Leben

Ausstellung zum 100. Geburtstag von Woody Guthrie

Er hat eine Art alternative Nationalhymne geschrieben. Woody Guthries Lied „This Land is Your Land“ – geschrieben aus der Sicht eines Arbeiters – entstand Anfang der vierziger Jahre des 20. Jahrhunderts, als Antwort auf das ihm allzu pathetische „God Bless America“ von Irving Berlin. Jetzt hat das Lied auch einer Ausstellung zum 100. Geburtstag von Woody Guthrie den Titel gegeben.

Woody Guthrie, 1912 in Oklahoma geboren und 1967 in New York an der Erbkrankheit Chorea Huntington verstorben, hat in den 30er und 40er Jahren zahlreiche Folk- und Protestlieder geschrieben. Zu Beginn der dreißiger Jahre arbeitete er als Plantagenarbeiter und Straßenmusiker, er beschrieb das harte Leben der Landarbeiter während der jahrelangen Dürrekatastrophe. Guthrie wurde durch eine regelmäßige Radiosendung bekannt, trat mit Pete Seeger Ende der dreißiger Jahre bei einer Veranstaltung der kommunistischen Partei auf, er war bei Gewerkschaftsveranstaltungen und Streiks dabei.

Guthrie schrieb rund tausend Lieder, sein Einfluss auf die Entwicklung der Folkmusik war beträchtlich. Er ist dabei ein genauer Beobachter der sozialen Entwicklung in seinem Land, ein Thema, das sich in seinen Liedtexten immer wieder niederschlägt. Das August-Bebel-Institut zeigt die Ausstellung „This Land Is Your Land“ bis Ende März in der Galerie im Kurt-Schumacher-Haus, Fotos, Dokumente und Hörbeispiele zeichnen ein facettenreiches Bild des Künstlers. **BS** □

➡ So 4. März – Sa 31. März, Ausstellung des August-Bebel-Instituts in Kooperation mit „Lied und Soziale Bewegung e.V.“, Galerie, Müllerstr. 163, 13353 Berlin

➡ Vernissage ist am So 4. März von 16 - 18 Uhr, mit John Shreve, Gitarre und Gesang, Kat Baloun, Blues Harp, Grußworte



Dem Folkmusiker Woody Guthrie ist eine Ausstellung gewidmet, die am 4. März eröffnet wird. Foto: Ausstellung/Woody Guthrie Archives

von Renate Harant, MdB, Klaus-Jürgen Scherer, Kulturforum der Sozialdemokratie, Lutz Kirchenwitz, Lied und Soziale Bewegung e.V., Ingo Siebert, ABI.

## Spurensuche in Berlin und Wildau

Im DGB-Haus: Die Geschichte von Marie Jalowicz

**Schülerinnen und Schüler haben ihre Lebensgeschichte recherchiert: Noch bis zum 3. März ist im Foyer des DGB-Hauses eine Ausstellung zu sehen, die den Weg der Jüdin Marie Jalowicz als Zwangsarbeiterin bei Siemens und in wechselnden Verstecken im Raum Berlins dokumentiert**

Drei Jahre lang, von 1942 bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs 1945, lebte Marie Jalowicz in wechselnden Verstecken in der Umgebung Berlins, um der Deportation durch die Nazis zu entgehen. Einige Zeit versteckte sich die damals 20-jährige Frau

## KULTURTIPPS

**100 Porträts.** Anlässlich der 62. Internationalen Filmfestspiele zeigt der Freundeskreis Willy-Brandt-Haus bis zum 25. März 2012 die Fotoausstellung „Jim Rakete - Stand der Dinge. 100 Porträts für das Deutsche Filmmuseum“ im Willy-Brandt-Haus Berlin. Mehr als zwei Jahre lang - von 2009 bis 2011 - porträtierte Jim Rakete bekannte deutsche Filmschaffende im Auftrag des Deutschen Filmmuseums. Die Dargestellten ließen sich dabei mit einem selbst gewählten Gegenstand abbilden, der bedeutend für ihre Karriere ist. In seinem unverkennbaren Stil gelingt es Jim Rakete, das private Moment wie auch das mediale Image dieser Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in einem Bild zu vereinen. Entgegen seiner üblichen Arbeitsweise fotografierte Jim Rakete in Farbe und digital. **PM** □

➡ Willy-Brandt-Haus, Wilhelmstraße 140 / Stresemannstraße 28. Öffnungszeiten während der Berlinale bis 19. Februar 2012 von 12:00 bis 20:00 Uhr, danach Dienstag bis Sonntag, 12 bis 18 Uhr; Eintritt frei, Personalausweis erforderlich.

in Zeuthen. Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums Villa Elisabeth in Wildau nahmen das zum Anlass, mehr über das Schicksal von Marie Jalowicz in Erfahrung zu bringen. Die Ergebnisse ihrer Recherchen sind jetzt in der Ausstellung zu sehen, die in Zusammenarbeit mit der Stiftung Neue Synagoge Berlin - Centrum Judaicum und dem Verein Arbeit und Leben Berlin-Brandenburg entstand,

➡ Marie Jalowicz: Ich musste in die „Illegalität“ - Eine Jüdin im Untergrund und ihre Helfer, Foyer des DGB-Haus, Keithstr. 1-3, 10787 Berlin, bis zum 10.3.2012